



3 1761 06573976 5

BRIEF

HS

00 52076

Z rezervnych fondov
Knižnice Matice slovenskej
pre antikvariat

V e r h a n d l u n g e n

in Betreff der

Emancipation der Juden,

im großbritannischen Parlament 1830.

12
31.12.1862
20

The wild-dove hath her nest, the fox his cave,
Mankind their Country — Israel but the grave!

Lord Byron.

Verhandlungen

in Betreff der

Emancipation der Juden,

im großbritannischen Parlamente 1830.

Möglichst vollständig gesammelt.

Pesth, 1830.

Bei Otto Wigand.

brief
HS
0152076

Druck des k. u. Universitäts-Buchdruckerei in Wien.

V o r b e r i c h t.

Die im vorigen Jahre, im englischen Parlamente durchgegangene Emancipation der Katholiken hat die Aufmerksamkeit und die Theilnahme Europas in hohem Grade auf sich gezogen, und bleibt gewiß eine der merkwürdigsten und einflußreichsten Begebenheiten unsers ereignißvollen Jahrhunderts. — Es handelte sich um die Gleichstellung der Rechte und Freiheiten von sieben Millionen brittischer Unterthanen katholischen Glaubens mit denen der protestantischen Einwohner, und so vielfältig von Jahr zu Jahr im Parlamente der Versuch dazu gemacht wurde, so oft mißlang er: die Regierung glaubte jedesmal sich ihr widersetzen zu müssen. Erst dem Jahre 1829 blieb es vorbehalten, das große Werk zu vollbringen. Die Minister des Königs fanden es für angemessen, die Sache selbst in die beiden Häuser zu bringen, und ihr Sieg war vollständig, trotz dem hartnäckigen Widerstande, den die mächtige Torrieparthei mit so gewaltiger Energie entgegenstellte. Schon diese einzige Handlung gibt dem jezigen englischen Ministerium ein Recht, auf Unsterblichkeit Anspruch zu machen. —

Es war zu erwarten, daß die hochherzige brittische Nation bei diesem großen Vorschritte nicht stehen bleiben werde, und schon im folgenden Jahre brachte Hr. R. Grant eine Bill zur Emancipation der Juden ein, wonach allen in England wohnenden Juden das Bürgerrecht ertheilt werden sollte, und zwar mit keiner weiteren Beschränkung, als der Ausschließung von solchen Würden und Aemtern, von welchen auch die Katholiken blos deshalb ausgeschlossen werden, weil dieselben zu genau mit

der Staatskirche in Berührung stünden, als daß sie einem Andern, als einem Mitgliede dieser Kirche, anvertraut werden könnten. Die erste Verlesung dieses Antrages ging, ungeachtet daß sich ihr die anwesenden Minister widersetzten, mit einer Mehrheit von 115 gegen 97 Stimmen durch; aber die zweite Verlesung, dagegen der Minister=Staatssekretair des Innern, Sir Robert Peel, nachdrücklich auftrat, wurde mit 228 gegen 165 Stimmen verworfen.

Erwägt man, wie mächtig stets das Ministerium seinen Einfluß auf das Parlament auszuüben weiß; wie ein großer Theil der Mitglieder des Letzteren unbedingt mit den Ministern stimmt, und daß diese, wie die englische Zeitung the Globe sagt, alle ihre Heerschaaren gegen die Bill aufgeboten, und sich ihnen die alten Tories, so wie einige Whigs, angereiht hatten: so ist allerdings die so geringe Majorität, welche die Bill verwarf, noch ehrenvoll für die englischen Juden ausgefallen. Selbst die kühnsten Erwartungen verstiegen sich nicht so weit, die Motion schon im ersten Jahre angenommen zu sehen: man hatte das Beispiel der Katholiken noch frisch im Angedenken. Welche Stürme mußten diese bestehen! Die Humanität siegte endlich; und bei den Fortschritten, die diese nun allenthalben macht, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Juden in weit kürzerer Zeit das Ziel ihrer Wünsche erreichen werden. Die englische Nation hat sich ganz zu ihrem Gunsten ausgesprochen.

Es mag nun aber das Resultat der Emancipationsbill von 1830 wie immer gewesen sein, so machen die darüber gepflogenen Debatten und die sie begleitenden Umstände der Aufklärung der englischen Nation eben so viel Ehre, als die dadurch kundgewordene achtbare Stellung, die die Juden in England einnehmen, diesen zum größten Lobe gereicht. Ihre Vertheidiger, die talentvollsten Mitglieder des Hauses, sprachen mit Wärme und eindringender Bered-

samkeit zum Vortheil dieses lange-verkannten Volkes, und selbst diejenigen Redner, welche sich aus Religionskrupeln der Motion widersezten, sprachen in jeder andern Hinsicht mit Wohlwollen von den englischen Israeliten, und ließen ihrem Fleiße, ihrer Redlichkeit und Friedfertigkeit volle Gerechtigkeit widerfahren. Keine einzige Bittschrift kam gegen sie ein; wohl aber viele für sie, und zwar äußerst gewichtige, mit sehr zahlreichen Unterschriften versehene von bedeutenden Korporationen und sehr angesehenen Personen. Der Bischof von Norwich beabsichtigte sogar, im Oberhause eine Bittschrift zu Gunsten der Juden einzureichen, woran er jedoch, da man sie ihm zu spät eingehändigte, verhindert wurde.

Der Zweck dieser Brochüre ist, alle im Parlamente, in Betreff der Emancipation der Juden, stattgefundenen Debatten, pro und contra, so wie einige darauf bezüglichen Journalartikel, jenen Lesern in die Hand zu geben, denen es daran liegt, diesen Beitrag zur Geschichte der Aufklärung in neuester Zeit bequem durchblättern zu können. — Doch bevor wir zum Werke selbst schreiten, können wir uns nicht einer Bemerkung enthalten, von der es uns bloß auffällt, daß sie den Rednern des Unterhauses entgangen ist.

In der Sizung vom 5. April sagte nämlich Sir Robert Inglis und nach ihm wiederholte es sogar, in der Sizung von 17. Mai, der Staatssekretair Peel: „daß die Juden in Frankreich, in den Niederlanden und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zwar im Besitze aller politischen Rechte wären, aber dennoch zu keinen Aemtern gelangen könnten.“ — Gesezt nun, die Sache verhielte sich wirklich so — was keineswegs der Fall ist — so wäre sie doch, unsers Erachtens, bei weitem kein gegen die Juden sprechendes Argument. Nach Hrn. Peel's eigener Behauptung erfreueten sich die Juden in den Vereinigten Staaten seit vierzig Jahren, in Frankreich und in

den Niederlanden seit fünfzehn Jahren dieser Rechte. Aber will denn der sehr ehrenwerthe Staatssekretair, daß in dem kurzen Zeitraume von fünfzehn Jahren Präsidenten und Staatsminister aufwachsen sollen? Sollte ein Volk, das sich bloß dem Handel widmen durfte, schon im fünfzehnten Jahre nach erhaltener Freiheit Staatsbeamte, die doch eine dazu bestimmte Erziehung von Jugend auf erfordern, aufzuweisen haben? Das wäre kaum in vierzig Jahren möglich. Wie viel Zeit braucht Jemand, um sich zum hohen Staatsbeamten hinauf zu schwingen; in fünfzehn Jahren macht man nicht leicht eine solche Carriere, und um so weniger, wenn man, wie die Juden, mit Nichts anfängt. Dazu kommt noch, daß die Juden weder Väter, noch Onkeln, Vettern oder andere Anverwandte haben, die bereits hohe Aemter bekleiden, und durch deren Protektion man gewöhnlich Stellen erlangt. — Doch noch aus einem andern Umstand erhellt es, warum so wenig Juden in den angeführten Staaten zu hohen Würden kommen: es ist ihre geringe Anzahl. In den nordamerikanischen Freistaaten leben kaum 6000 Juden bei einer Bevölkerung von mehr als 12,000,000 Menschen. In Frankreich befinden sich höchstens 60 — 70000 Juden und die Einwohnerzahl ist über 30,000,000. In den Niederlanden ist zwar das Mißverhältniß nicht in gleichem Maaße groß, aber noch immer ungeheuer, und da hat man ja auch Beispiele, daß mehrere Juden bereits Stellen bekleiden, wo unter andern Hr. Mayer, Präsident des Kriminalgerichts zu Amsterdam, zu erwähnen ist. In Frankreich kommt auf 500 Einwohner erst ein Jude, und da in der Deputirtenkammer nur etwa 400 Mitglieder ihren Sitz einnehmen, so kommt nicht einmal ein ganzer Jude auf einen Platz!! In den Vereinigten Staaten endlich kommt gar auf 2000 Einwohner erst ein Jude, und was fordert man da noch mehr, wenn schon der Major der bedeutendsten Stadt, von Newyork, ein Jude ist!

Repräsentanten der City von London auf das Freundlichste unterstützt werde. Seltsam wäre es auch, wenn das große aufgeklärte London den Juden solche Rechte noch ferner vorenthalten wollte, die ihnen sogar das heidnische und das christliche Rom eingeräumt hat.

Auf die Einwürfe nun übergehend, die gegen die Maaßregel gemacht werden können, will ich zuerst den berühren, den ich von dem ehrenwerthen Mitgliede für die Universität Oxford (Sir R. Inglis) erwartete. Wir zerstören, sagt derselbe, dasjenige, was unsere Väter zum Heile der Christenheit gethan haben, und der Christen wegen sei es nothwendig, daß die Juden in ihrer gegenwärtigen Lage beharren: das heißt, wir sollen ihnen auch ferner erlauben, Kauf und Verkauf zu betreiben, politische Vortheile aber ihnen vorenthalten. Andere Mitglieder wollen den Juden zwar alle bürgerlichen und politischen Rechte, nur nicht das verleihen, innerhalb der Mauern des brittischen Parlaments Sitz und Stimme zu haben. Unsere Institutionen, sagt man uns, seien rein christliche Institutionen, und könnten auch Christen verschiedener Bekenntnisse daran Theil nehmen, so müßten doch diejenigen davon ausgeschlossen bleiben, die gar kein Christenthum anerkannten. Im Jahre 1752 wurde gegen die vorhin von mir erwähnte Naturalisationsbill derselbe Einwurf gemacht, von Hrn. Pelham aber auf so entschiedene Weise widerlegt, daß das Parlament die ihm vorgeschlagene Bill genehmigte. Die eigentliche Staatsreligion ist das Christenthum, wie die englische Kirche es lehrt; müßten wir also nicht, um consequent zu bleiben, unsere Staatsinstitutionen auch denen vorenthalten, die das Christenthum in dieser Weise nicht anerkennen? Hoffentlich wird der sehr ehrenwerthe Gentleman (Peel), der jetzt die damals von Hrn. Pelham bekleidete Stelle einnimmt, eben so tolerante Gesinnungen bei dieser Gelegenheit äußern, wie der Minister Georgs II. Es ist sehr zu bedauern, daß er gerade nicht anwesend im Hause ist; ich beklage es besonders der Ursache wegen, die ihn zurückhält, doch hoffe ich bei der nächsten Gelegenheit von seinen eigenen Lippen es bestätigt zu hören, daß er dieselben menschenfreundlichen Gesinnungen hege. Mein ehrenwerther Freund (Sir R. Inglis) hat sich geäußert, daß er die von mir beabsichtigte Maaßregel nicht minder mißbillige, als die in den beiden letzten Sessionen durchgegan-

gene; ich glaube jedoch, daß sich dagegen sehr viele Mitglieder finden dürften, die, wiewohl sie jenen Maaßregeln opponirt haben, diese doch gutheißen werden. Ich darf wohl mit Recht das Haus auffordern, die große Maaßregel, die es im vorigen Jahre bewilligt hat, durch die gegenwärtige noch vollständiger zu machen; denn wird auch von Einigen behauptet, daß das Parlament durch Verbreitung bürgerlicher Freiheit über zwei bedeutende Klassen unserer Mitunterthanen nur einen glänzenden Verstoß gegen die Weisheit unserer Vorfahren begangen habe, wird doch Jeder, der die Sache ernster ins Auge faßt, nicht bloß das Sophism dieser Behauptung leicht erkennen, sondern auch zugeben, daß wir nur dann unserer Vorfahren uns würdig zeigen, wenn wir die ewigen unabänderlichen Prinzipien einer gesunden Politik geltend machen. Nicht die Weisheit unserer Väter würden wir sanktioniren, sondern nur unsre eigene Thorheit beurfunden, wenn wir das, was unsere Vorfahren aus längst veralteten Gründen eingeführt haben, verewigen wollten. Man hat ferner gesagt, daß die Sitten des jüdischen Volkes nicht von der Art seien, um ihnen uneingeschränkte Bürgerrechte verleihen zu können; sie seien eine Art wandernder Menschenrace, die keinem besondern Vaterlande anhinge. Ich bin geneigt dies zuzugeben, allein zur Beantwortung möchte ich denen, die diese Anschuldigung vorlegen, die Frage entgegnen: Was hat den Juden wohl diesen Charakter verliehen? Was anders wohl als das Gesetz, das sie dazu verdammt, von allen bürgerlichen Rechten ausgeschlossen zu sein? (Hört, hört!) Ihr Anliegen, als dessen Vertheidiger ich jetzt auftrete, beweist ja eben, daß sie bereit sind, sich ihren Mitbürgern in allen Sitten und Gewohnheiten anzuschließen. Sie gehorsamen den Gesetzen und dem Monarchen; bald würden sie auch alle die festen heimathlichen Gewohnheiten sich angeeignet haben, wenn die Legislatur ihnen diejenigen Rechte verleihe, die uns die Heimath theuer machen. Ein anderer Einwurf ist: Viele von ihnen seien so demoralisirt, daß man sie des Genusses bürgerlicher Rechte für unwürdig erklären müsse. Dieser Vorwurf ist sehr ungerecht, wenn er auch den die jüdische Gemeinde leitenden vornehmern Theil derselben treffen soll; denn ich glaube, es gibt keine Einwohnerklasse, die sich mehr durch Redlichkeit und Großherzigkeit auszeichnet, als diese. Die Anschuldigung kann daher nur den

niedern ungebildeten Theil der Gemeinde treffen. Allein ist nicht auch dies eine Folge eben der Gesetze, die abzuschaffen ich jetzt antrage? (Hört, hört!) Haben nicht die höher stehenden vermögenderen Israeliten schon seit längerer Zeit dahin gearbeitet, durch Errichtung von Schulen und auf andere Weise den Zustand ihrer ärmern Brüder zu verbessern? Berücksichtigen wir jedoch, daß, selbst beim besten Willen, es unmöglich ist, die ganze Masse auf diese Weise zu unterrichten, und geht nicht schon daraus, daß es ihnen nicht gestattet ist, ein regelmäßiges Geschäft zu betreiben, klar hervor, daß eben die Lage, in die sie vom Staate gestellt wären, sie demoralisiren mußte? Könnten wir Laster, die wir selbst veranlaßt, so streng bestrafen wollen? Wahrlich ich kenne keinen kürzern Weg, ein Volk verderbt und gottlos zu machen, als indem man durch Gesetze vorschreibt: es solle so behandelt werden, als wäre es bereits verderbt und gottlos. (Hört, hört!) Christen aller Benennungen sind jetzt frei und haben Sitz im Parlamente; den Juden allein will man unter den brittischen Einwohnern dieses und andere Rechte noch vorenthalten. Unmöglich kann es jedoch länger so bleiben. Mein ehrenwerther Freund (Sir R. Inglis) hat zwar gesagt, man würde die Konstitution vom Christenthume trennen, tausend Nebeln Thür und Thor öffnen, wenn man die Privilegien der Konstitution auch über Nichtchristen ausdehnte. Hierauf sei mir zu erwiedern gestattet, daß alle Schriftsteller, die mit diesem Gegenstande sich besonders befaßt, auf das klarste dargelegt haben, daß die Idee des Judenthums auf das innigste mit der des Christenthums verwandt ist. Beide besitzen dieselben heiligen Urkunden, und von dem Judenthume zuerst sind jene moralischen Grundsätze gelehrt worden, durch welche das Christenthum sich später ausgezeichnet hat. Sind daher auch die Juden keine Christen, so stehen sie ihnen doch sehr nahe, und daraus, daß wir ihnen bürgerliche Rechte ertheilen, folgt nicht nothwendig, daß wir die Verpflichtung haben, auch jeden andern Nicht-Christen zuzulassen. Uebrigens sind uns ja auch die Juden keine so unbekannte Sekte, als andere Religionsgenossen es wären; wir wissen, daß sie, während sie ihrem Theile der heiligen Schriften aufrichtig anhängen, den Gesetzen des Landes Gehorsam schenken; sobald verschiedene Leute einen und denselben Zweck verfolgen, die Förderung

des Staatwohl's, so haben auch alle gleiche Rechte auf bürgerliche und religiöse Freiheit. Gab es auch zu verschiedenen Zeiten Ausschließungen, so waren dies nur Ausnahmen, nicht aber die Regel."

Der Redner widerlegt darauf noch als lächerlich diejenigen Einwürfe, die gemacht worden waren, um zu beweisen, daß wenn man allen Separatisten die Rechte der Konstitution bewilligte, diese sich am Ende vereinigen würden, um mit einem Schlage König, Lords und Gemeinen zu vernichten, und daß es endlich, weil die Juden ein proscribirtes Volk seien, vermessen wäre, sie in den Verband der Konstitution aufzunehmen. Schließlich sagte er: „Gewähren wir dem armen Volke, dessen Sache ich jetzt vertheidige, seine Bitten, so wird der brittische Name in allen Ländern, wo diese über die ganze Erde zerstreute Nation sich aufhält, gefeiert werden. Und nicht einen eiteln Ruhm würden wir dadurch erlangen, sondern das Verdienst, auf eine huldvolle freisinnige Weise einer unterdrückten Gemeinde wesentliche Wohlthaten verlichen, und so die Maxime beider Religionen: „Handle gerecht und lasse stets Gnade walten,“ erfüllt zu haben.

Nachdem Hr. R. Grant seine Rede geendigt hatte, stellte der Sprecher die Frage auf: „Ob Erlaubniß zu geben sei, eine Bill einzubringen zur Aufhebung der bürgerlichen Beschränkungen, die auf gebornen brittischen Unterthanen lasten, welche sich zur jüdischen Religion bekennen.“

Sir R. Inglis erhob sich zunächst und sagte, daß er es für seine unerläßliche Pflicht halte, sich der Maafregel zu widersetzen und das Haus aufzufordern, sie auf einmal, sogleich und hoffentlich für immer, zu verwerfen. Zuvörderst müsse er bemerken, daß die im Jahre 1828 erlassene Bill (die Aufhebung der Test- und Korporations-Akten) gar keinen Bezug auf die Judengesetze habe; denn nicht ein einziges Beispiel dürfte sich nachweisen lassen, daß ein Jude vor Erlassung jener Bill ein bürgerliches Amt in England bekleidet habe. „Schon vor dem Abjurations-Eide,“ fuhr er fort, „ist die Eidesformel in diesem Lande immer eine christliche gewesen. Man leistete ihn auf ein christliches heiliges Buch, und in früheren Zeiten entweder auf Reliquien oder auf das Kreuz. Die in der Bill vom J. 1829 vorgeschriebenen Worte: „Bei dem wahren Glauben eines Christen“ haben nicht erst eine Ausschlie-

fung zu Stande gebracht, denn allgemeine Regel ist es immer gewesen, die Gewalten der Konstitution einzig und allein christlichen Männern anzuvertrauen. So ominös auch immer jene Bill meiner Meinung nach ist, so hat sie doch keine neuen Rechte ertheilen wollen; sie hat bloß gewisse Personen in die Rechte wieder eingesetzt, die ihnen früher genommen worden waren. Und bietet uns wohl der Zustand der Juden etwas, wodurch eine solche Ausnahme zu ihrem Gunsten sich rechtfertigen ließe? Nein, durchaus nichts! Die Juden sind Fremde, — ich verstehe diesen Ausdruck im populären und nicht im rechtlichen oder technischen Sinne. Sie sind Fremde, weil es für sie noch ein anderes Land und ein Interesse gibt, das nicht nur ein, von dem des Landes, das sie zufällig bewohnen ganz verschiedenes, sondern auch feindseliges ist. In einem der Kriege des vorigen Jahrhunderts sind die Juden aus Böhmen vertrieben worden, weil sie einer Invasionsarmee gegen ihren rechtmäßigen Monarchen beistanden. Die Juden waren es, die den Rückzug der Napoleon'schen Armee aus Rußland wesentlich begünstigten, und eben so werden sich auch die beim Handel interessirten Herren sehr wohl erinnern, daß in der Zeit, da wir mit eben diesem Napoleon uns im Kriege befanden, ein Jude hier in England eine Anleihe für ihn gemacht hat. Hieß das nicht geradezu einem Feinde Großbritanniens Beistand leihen? Dies beweist zur Genüge, daß die Juden noch ein andres Interesse als das des Landes haben, in welchem sie leben. Alle Argumente, die der Antragsteller vorgebracht, könnten eben so gut auch auf die brittischen Unterthanen in Quebec, Jamaica, Calcutta oder Bombay angewendet werden, so daß es am Ende gar keine Grenze mehr hätte. Ist die Zahl der Juden auch klein, so könnte sie in diesem Hause doch mächtig und gefährlich werden. Es ist hier vielleicht nicht der rechte Ort, um den Werth der Size in diesem Hause zu erörtern (Hört und Gelächter); ich meine nicht den politischen, nicht den kommerziellen Werth. Jener Werth ist sehr groß, und dürften sich nicht Leute, die ein anderes Interesse als das des Landes haben, dieses Mittels bedienen, um antinationale Zwecke zu erlangen? Daß solche Dinge schon einmal vorgekommen sind, wissen wir, indem sogar einmal ein auswärtiger Fürst Mitglieder in dieses Haus zu senden wußte; Bürke bezeichnete mehrere Mit-

glieder als Repräsentanten des Nabobs von Arcot. Wenn wir eine populaire Regierung hätten, so würde allerdings wohl kein Jude einen Sitz im Parlamente erlangen, unter den gegenwärtigen Umständen aber habe ich schon von vier Juden reden hören, die in das Parlament kommen würden, sobald die Bill durchginge. Wäre dies nicht aber schon ein größeres Verhältniß, als das, auf welches die Juden, vermöge ihrer Bevölkerung, die sich nur auf 30 bis 40,000 Seelen beläuft, Ansprüche machen könnten? Welcher Mittel sich auch die Mitglieder manchmal bedienen mögen, um in dieses Haus zu kommen, so heißt es doch immer, daß alle durch unerkaufte Stimmen erwählt worden. Würde nun aber nicht die Wahl eines einzigen Juden gerade das Gegentheil beweisen? Ein Mann jüdischen Glaubens in diesem Hause würde ein lebendiges Zeugniß für die Mittel sein, die ihn heringebracht. So wie ein Jude hier zugelassen wird, ist auch der erste Schritt zu einer Parlamentsreform gethan. (Hört, und großes Gelächter.) Höchstens sieben Jahre nach der Zulassung des ersten Juden würde die Parlamentsreform zu Stande kommen! (Beifall und Gelächter von der Oppositionsseite des Hauses.) Die Gegner der Reform werden hoffentlich das Gewicht eines solchen Einwurfes gehörig zu würdigen wissen. Ich behaupte, daß selbst diejenigen, die die katholische Bill unterstützten, die vorliegende verwerfen müssen; denn der Katholik ist ein Mitglied des großen christlichen Bundes; lassen wir aber einen Juden zu, so gestatten wir Jemanden ein Vorrecht, der den Heiland einen Betrieger nennt, und der, nachdem er mit dem Hut auf dem Haupte seinen Eid vor dieser Tafel abgelegt, über die Religion dessen, dem er jenen verächtlichen Beinamen gegeben, ein legislatives Amt verwalten will. Was in andern Ländern durch die den Juden bewilligten toleranten Gesetze geschah, darf uns nicht zur Norm dienen. Das Prinzip, nach welchem die Juden in Frankreich zu bürgerlichen Aemtern wählbar erklärt wurden, gehört eben zu denen, welches dieses unchristlich machen. Und doch gibt es trotz ihrer Wählbarkeit kein Beispiel, daß ein Jude in die Deputirtenkammer gekommen, kein Beispiel, daß einer auf die richterliche Bank oder überhaupt zu irgend einem bürgerlichen Amte gefördert worden, das höher steht, als das eines Abgaben-Einnehmers. Dasselbe kann von den Nieder-

landen gesagt worden; auch dort sind die Juden zu allen Aemtern wählbar, und dennoch wurde nie einer in die Generalstaatenversammlung, oder überhaupt zu einem hohen bürgerlichen Amte ernannt. In Nordamerika, dem großen Gegenstande der Bewunderung vieler ehrenwerther Mitglieder, sind die Juden ebenfalls zu allen Aemtern zulässig, und doch findet auch hier sich kein Beispiel, daß einer in das Haus der Repräsentanten oder in den Senat gekommen wäre. Die höchsten Stellen, welche Juden in Nordamerika einnehmen, sind, glaube ich, die eines zweiten Zolleinnehmers und die des Sheriffs von New-York. Zwischen allen diesen Ländern und dem unsrigen ist jedoch ein großer Unterschied. So wie die von meinem ehrenwerthen Freunde beabsichtigte Bill durchgegangen wäre, würde sie auch zur Stütze gemacht werden, auf welcher der Hebel des jüdischen Einflusses sich in Bewegung setzte. Auch sehe ich gar nicht ein, wie das Parlament jeder andern Sekte, sie möge noch so feindselig gegen unsere Religion sein, die Zulassung würde wehren können, wenn es einmal das Prinzip durch Zulassung der Juden sanktionnirt hätte.

Beim Schlusse der Rede des Sir R. Inglis wider die Emancipation der Juden erhoben sich Sir J. Macintosh und Hr. Macaulay (das kürzlich erst eingetretene Parlamentsmitglied für Calne) zu gleicher Zeit; man rief jedoch von vielen Seiten: „das neue Mitglied!“ worauf Sir J. Macintosh sich zurückzog und Hr. Macaulay mit folgenden Worten seine jungfräuliche Rede begann: „Es wäre mit dem Principe, nach welchem das ehrenwerthe Mitglied für Oxford und seine Freunde sich im vorigen Jahre der katholischen Bill widersetzten, recht gut verträglich, wenn sie jetzt die vorliegende Bill unterstützten; denn damals, wie jetzt, ist der Grundsatz religiöser Duldung von ihnen unumstößlich zugegeben worden; nur besondere Umstände waren es, welche in den Augen dieser Herren die katholische Bill als verwerflich erscheinen ließen — Umstände, von denen hier durchaus nicht die Rede sein kann. Die Juden besitzen kein fremdes Oberhaupt, keinen getheilten Gehorsam, keine Bullen und Indulgenzen, keine Priester, die einen despotischen Einfluß über ihre Heerden ausübten, keine Agitatoren, keine heftigen Adressen und endlich keinen Pöbel, der wie dort fast mit aller Regelmäßigkeit des Militärs diszipliniert wäre. Hier kann

auch nicht gesagt werden, daß die Regierung Schwäche zeigen würde, wenn sie in die Forderungen sich fügte; stillschweigend und in Demuth duldeten die Juden ihre lange Unterdrückung, und jetzt, da sie an die Legislatur um Abhilfe bittend sich wenden, thun sie es in ruhigem, gemäßigttem Tone. Den Katholiken wollte man die politische Macht verweigern, weil ihre Religion überall dahin strebe, die Uebermacht zu gewinnen, Jedermann zu sich zu bekehren. Im vorliegenden Falle aber haben wir es nicht mit einer Sekte, sondern mit einer Nation zu thun, und zwar mit einer Nation, die stolz auf ihren von aller Proselitenmacherei entfernten Charakter, keine Vermehrung ihrer Befenner unter denen anderer Religionen sucht. Der Verfolgungsgeist der Katholiken wird uns in der Geschichte Englands vielfältig nachgewiesen: wir dürfen nur an die Verfolgungen Lord Cobhams, an die Pulververschwörung und an die sieben Bischöfe denken. Die Geschichte der Juden in England bietet dagegen einen schlagenden Kontrast: ohne Einen Fall überwiesener Schuld oder gethanen Unrechts von ihrer Seite ist dieselbe eine Reihesfolge von Leiden und tyrannischen Erpressungen. Die christlichen Sekten, protestantische und katholische, haben, was Verfolgungen betrifft, einander nichts vorzuwerfen; die Juden waren niemals die Verfolger. Daher behaupte ich, daß wenn nicht etwa das bestimmte Prinzip aufgestellt wird, daß jeder Nicht-Christ von der Konstitution ausgeschlossen ist, die Argumente, die heute vorgebracht worden, ganz im Widerspruche mit denen das vorigen Jahrs stehen. Sollten diese Argumente geltend gemacht werden, so würde dies nur zeigen, daß es nichts gibt, was der Verfolgungsgeist nicht als Mittel zum Zwecke gebrauchen kann. Mich erinnert dies an die Sprache des Wolfs und des Lammes. Nicht religiöse, sondern nur politische Einwürfe waren es, die man gegen die Katholiken vorbrachte. Im gegenwärtigen Falle hören wir nur religiöse Gründe. Die einzigen von meinem ehrenwerthen Freunde, dem Mitgliede für Oxford, gemachten Einwürfe, die allenfalls politisch genannt werden könnten, beschränken sich darauf, daß erstlich die Juden, die über die ganze Welt verbreitet sind, und hier gleichsam eine einzige Republik bilden, zu sehr an einander halten, und an sich gegenseitig ein größeres Interesse, als an dem von ihnen bewohnten Lande, nehmen; gefährlich

sei es daher, den Mitgliedern einer solchen Vereinigung in einem freien Staate, wie dem unsrigen, politische Macht zu verleihen. Für mehr als unbillig muß ich es jedoch erklären, dies als Argument anzuführen, ehe noch das Experiment versucht worden ist, sie zu Engländern zu machen. (Hört! hört!) Kann es uns wohl wundern, wenn sie Juden bleiben, so lange wir uns weigern, sie als Engländer zu betrachten? Ferner wird, was noch seltsamer ist, gesagt, daß, so wie die Juden in diesem Hause zugelassen werden, müßte binnen wenigen Jahren eine Parlamentsreform statt finden. In diesem Falle muß ja mein ehrenwerther Freund zugeben, daß in der Zusammensetzung dieses Hauses ein schlechtes Prinzip sich findet, das seine Reform nöthig macht. Er muß dies entweder zugeben, oder läugnen. Längnet er es, so verschwindet sein ganzer Einwurf; gibt er es aber zu, so begreife ich nicht, wie es gerade wider die Juden geltend gemacht werden kann. Es sollen sich einmal, wird gesagt, Mitglieder in diesem Hause befunden haben, die das Interesse eines auswärtigen Fürsten vertreten haben. Gibt es noch jezt dieselben Mittel, Mitglieder hereinzubringen, die das Interesse von Parteien vertreten, welche nicht vertreten zu sein brauchen, warum sollen nicht die einheimischen Juden sich dieser Mittel eben so gut, als ein auswärtiger Fürst, bedienen können? Außer diesen politischen Anklängen kann ich in den Argumenten meines ehrenwerthen Freundes nur die Ueberreste der alten unduldsamen Religionsverfolgungen erkennen. In allen religiösen Verfolgungen des Kontinents, in denen gegen die Albigenser, in denen der Inquisition u. s. w., war immer das Prinzip vorwaltend, daß Kezer keine Macht besitzen dürfen. Besteht denn aber alle Macht, die wir hier den Juden verweigern wollen, bloß in Pelzroben, Richterstäben, gewichsten Pergamenten und Siegeln? Ist nicht Wissenschaft auch Macht? Verleiht der Reichthum, der Einfluß großer Kapitalien nicht ebenfalls Macht? Uebt diesen Einfluß nicht der Gläubiger auf den Schuldner, der Wohlthäter auf den, dem er wohlthat? Alle diese Macht kann ein Jude jezt schon besitzen. Er kann der größte Mann in der City sein, kann ungeheuern Einfluß auf unsere Börse, auf die Bank und die ostindische Kompagnie ausüben. Es sind ihm die Mittel gegeben, auswärtigen Monarchen, und selbst solchen beizustehen, die diesem Lande

feindlich sind. Er kann sogar nach einem Monarchencongresse gesandt werden. Und Alles dies wäre keine Macht? Alles dessen ungeachtet glaubt mein ehrenwerther Freund, daß er den Juden der Macht beraubt, wenn er ihn persönlich von einem Sitze im Parlamente entfernt hält, während er doch zugibt, daß der Jude die Mittel besitze, Andere herein zu bringen? Ist es gefährlich für den Staat, wenn ein Jude politische Macht besitzt, so hat er deren schon zu viel. Ist etwa mein ehrenwerther Freund geneigt, dem Juden seine Hilfsquellen zu nehmen? Weil er ihm den Reichthum rauben, aus dem sein Einfluß entspringt? Geschichte dies nicht, wo ist dann die Gränzlinie zu ziehen? Nur wenn er den Gebrauch alter Zeiten erneuert, und ihm den gesammelten Reichthum wieder entreißt, ist sein Zweck zu erreichen. Mein ehrenwerther Freund weist unbezweifelt einen solchen Vorschlag mit Unwillen zurück, und doch würde ihm keine andere Wahl bleiben, wenn er sein Prinzip aufrecht erhalten wollte. Mein ehrenwerther Freund sagt ferner, daß die Juden kein legales Recht auf bürgerliche Macht und Wählbarkeit haben. Allein vor dreihundert Jahren hatten ja die Juden nicht einmal das legale Recht, sich in England aufzuhalten, und vor sechshundert hatten sie kaum ein Recht auf ihre eigenen Zähne. (Gelächter.) Moralisch genommen, hat jeder geborne brittische Unterthan dasselbe Recht, das sein Mitunterthan besitzt, so lange nicht bewiesen werden kann, daß sein Besitz dieses Rechts dem übrigen Theile des Gemeinwesens nachtheilig ist; das onus probandi haben diejenigen, die sich dem Vorschlage widersetzen. Ohne diesen Beweis müßte ich die Ausschließung eines Menschen wegen seiner religiösen Meinungen dem Principe nach für eben so ungerecht erkennen, als ein Auto da Fé. Möge darum das Parlament den ruhmwürdigen Prinzipien religiöser Freiheit, nach welchen es in den Jahren 1828 und 1829 gehandelt, auch im Jahre 1830 folgen.“ (Beifall.)

Hr. Batley erklärte, das Haus würde das Prinzip verletzen, nach welchem es im Parlamente konstituiert sei, wenn es die volle Emancipation der Juden genehmigte. Kämen erst die Juden ins Parlament, so würden Wenige hinreichend sein, hier denselben Einfluß zu gewinnen, den sie bereits über die dreiprozentigen Konsols ausübten.

Nach ihm erhob sich Sir J. Macintosh und zollte zuvörderst der Rede seines ehrenwerthen und gelehrten Freundes (Hrn. Macaulay) seine Bewunderung, mit dem Bemerkten, daß er dessen Argumenten fast nichts hinzuzufügen wisse. „Nur, fuhr er fort, um meinem eigenen Gewissen genug zu thun, um meine Pflicht gegen Religion, Menschheit und Vaterland zu erfüllen, halte ich es für nöthig, mich bei dieser Gelegenheit hier auszusprechen. Glück wünschen muß ich mir, daß ich mich bei solcher Veranlassung an ein Unterhaus wenden kann, das für die religiöse Freiheit bereits mehr gethan hat, als irgend ein Parlament seit der Zeit Wilhelms III. Selbst diese Ausnahme würde ich nicht gelten lassen, wenn nicht das Parlament jener Zeit die berühmte Toleranzakte gewährt hätte, welche als der erste Schritt zu religiöser Freiheit immer auch als der größte angesehen werden muß.“

Der Redner ging nun zu den Bemerkungen des Sir R. Inglis über, und spottete über die Voraussetzung, daß erst ein Jude, der ins Parlament käme, ein Beweis von den Mitteln sein würde, durch welche viele Mitglieder sich den Eintritt in das Unterhaus verschaffen. „Der ehrenwerthe Gentleman,“ fuhr er fort, „hat uns sodann gesagt, daß in Frankreich, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten, trotz der daselbst günstigen Gesetze für die Juden, diese doch noch niemals an der Legislatur Theil genommen, also keine Verbindungen gestiftet haben, um durch Verwendung großer Summen die Erwählung ihrer Glaubensgenossen zu erwirken, so wie, daß sie bisher in jenen Ländern nur einige niedrige Aemter bekleideten. Beweise nun das nicht gerade, daß, wenn man ihnen hier die Rechte der Konstitution gewährte, auch unser Land nicht zu besorgen braucht, daß sie irgend eine Präponderanz gewinnen? Ich kann übrigens dem ehrenwerthen Gentleman bemerken, daß der Mayor — nicht der Sherif — von New-York ein Jude ist; ferner ist in den Niederlanden ein überaus gelehrter und geschätzter Israelit, Namens Mayer, Präsident des Kriminalgerichtshofs von Amsterdam, ein Mann, der durch seinen richterlichen Charakter und durch seine Werke über Jurisprudenz in ganz Europa sich einen Namen gemacht hat. In England soll es jedoch etwas geben, das uns ganz besonders den Angriffen des jüdischen Reichthums aussetze. Will das ehrenwerthe Mitglied damit sagen, daß

ter Charakter Englands um so viel schlechter sei als der aller andern Nationen, oder daß die Engländer überhaupt ein käuflicheres Volk wären? (Hört, ruft Sir M. Inglis.) Ich hoffe, dieß ist nicht der Fall; wäre er es aber, so müßte die Repräsentation Englands schlechter sein, als irgend eine andere, und ein Jude hätte bei so schlechten Materialien wohl Grund auszurufen: „Urbem venalem et cito perituram.“ Wenn die Juden, wie gesagt worden, gegenseitig mehr an einander hängen, als an dem Lande, das sie bewohnen, so fällt die Schuld auf die Regierung, die ihnen ihr Vaterland und ihren Charakter raubte. Wie können wir es ihnen nun als ein Verbrechen anrechnen, daß sie beide nicht besitzen? Wir nehmen ihnen Alles, was ihnen ein Land theuer machen kann, wir sind schuld, daß sie nur auf ihre eignen Personen sich beschränken, und doch sehen wir den natürlichen Erfolg unserer Handlungsweise als einen Grund an, ihnen ihre Bitten abzuschlagen! Man fürchtet, diese Bill könnte ein Vorgang noch für Andere werden. Für wen denn? Etwa für die Bewohner der Kolonien? Haben diese nicht bereits parlamentarische Rechte? Dürfen sie nicht Ländereien &c. besitzen? Man hat den Juden den Vorwurf gemacht, sie hätten an Napoleon gehangen; aber warum geschah dieß? Weil er ihnen Gerechtigkeit werden ließ, weil er ihnen Schutz ließ und sie zu Theilnehmern aller bürgerlichen Rechte machte. Wo die Juden kriechend und demoralisirt erscheinen, wurden sie es, weil man sie verächtlich behandelte und unterdrückte. Will man sie zu edler Humanität erheben, so muß man die Achtung anderer Menschen in ihnen wieder beleben; man muß ihnen dieselben Motive verleihen, die wir haben, um Großes und Edles zu thun, kurz, man muß sie aus ihrer gegenwärtigen Erniedrigung herausziehen, und sie wie andere Menschen behandeln. Dieß würde der erste Schritt sein, um ihrem Charakter eine andere Richtung zu geben, und sie sämmtlich zu nützlichen Bürgern zu machen. So sehr fühle ich mich von diesem Argumente durchdrungen, daß ich behaupte, eben die Verderbtheit der Juden spreche am meisten für die vorgeschlagene Maaßregel. Die Juden sind jetzt in jedem Lande Europa's ganz eigenthümlich gestellt, und in allen ist ihr Zustand fast derselbe. Sie sind in zwei Klassen getheilt, wovon die eine außerordentlich arm ist und auf sehr niedriger Stufe

steht; sie treibt die gemeinsten Beschäftigungen, unbekümmert um ihren Charakter. Er ist gleichsam ein Zustand erblicher Verderbtheit, auf den sie reduziert ist; diesen aber besonders thut die Emanzipation Noth, um ihnen in der Gesellschaft eine angemessenere Stellung zu verschaffen. Dies ist das einzige Mittel, sie von der moralischen Krankheit, von der sie infizirt sind, zu befreien. Die andere Klasse der Juden besteht aus einem sehr ansehnlichen Vereine von Kaufleuten, die viel Vermögen besitzen, große Geschäfte betreiben, in ausgebreiteten Zweigen des Gewerbleißes thätig sind, und eine hohe, achtbare Stellung in der Gesellschaft einnehmen. Diese stehen mit allen Staaten Europa's in der ausgebreitetsten Verbindung (hört, hört!) und verdienen es wohl gewiß, emanzipirt zu werden. Dieselbe Maafregel ist es, welche die niedere Klasse der Juden auf einen bessern Weg zurückführen, die höhere aber in die Stellung versetzen kann, die sie einzunehmen verdient. (Hört, hört!) Alle Regierungen Europa's gehen jetzt damit um, die niedere Klasse der Juden zu reformiren, und zu welchem Mittel haben sie zuerst ihre Zuflucht genommen? Sie nahmen vor allen Dingen das moralische Brandmal weg, das sie zu schlechten Handlungen verdammt. Der erste wirksame Schritt, ihren moralischen Zustand zu verbessern, war, sie selbst erkennen zu lassen, daß sie Menschen seien, und Andere zu lehren, daß man sie als Menschen ansehen müsse. Man befreite die Juden von den Vorurtheilen des Ungebildeten, und lehrte sie diejenigen als Brüder lieben, die sie vorher für ihre größten Feinde gehalten hatten. So wie sie Ursache bekamen, dankbar zu sein, erhoben sie sich auch, und näherten sich mehr dem Zustande ihrer Mitbürger."

Der Redner bemerkte hierauf, indem er noch einige Irrthümer des Sir R. Inglis berichtigte, daß die Rede desselben wohl noch im J. 1828 an der Zeit gewesen wäre, jetzt aber, nachdem die beiden großen Maafregeln durchgegangen, nicht mehr; alsdann wies er darauf hin, daß der ehrenwerthe Gentleman (Peel), der jetzt nicht anwesend sei, im J. 1829 ausgesprochen habe: „Das Prinzip unsers Kirchengesetzes besteht darin, daß wir eine bestehende Kirche haben sollen, verbunden mit bürgerlicher und religiöser Freiheit, die alle Religionen zum gemeinsamen Besitze bürgerlicher Rechte zuläßt." Dieser Ausspruch sei bis in die entferntesten Theile des vereinigten Königreichs gedrungen, und man

erwarte jetzt, daß das Parlament in Bezug auf die 40,000 Juden, die es im Lande gebe, eben so verfare, als früher in Bezug auf die sieben Millionen Katholiken. So sehr sei er überzeugt, es lasse sich dawider nichts Gegründetes einwenden, daß er bereits gegen einen Freund geäußert, er wolle eine Belohnung für denjenigen aussetzen, der ein gutes Argument dagegen vorbringen könne.

Nach Sir J. Macintosh erhebt sich der Kanzler der Schatzkammer und sagt: „Meiner Meinung nach ist ein großer Unterschied zwischen der Frage, ob man Mitglieder der heiligen christlichen Religion zu politischer Macht zulassen, und der, ob man diese Macht mit denen theilen soll, die an jene Religion ganz und gar nicht glauben. Nur mit großem Leidwesen widerseze ich mich der Bill, weil es mir höchst unerfreulich ist, solche Leute damit kränken zu müssen, von denen ich zugebe, daß sie friedfertige, nützliche Mitglieder der Gesellschaft sind, gegen die ich auch nicht den geringsten persönlichen Widerwillen hege. Ich widerseze mich jedoch ihren Ansprüchen aus Gründen der Zweckmäßigkeit, die sich zunächst an die in redlicher Meinung gehegten Vorurtheile des Volkes knüpfen, welche wir achten müssen, weil sie aus Verehrung für die geheiligte Religion entspringen. Wir müssen uns hüten, beim Volke den Eindruck hervorzurufen, daß wir gleichgiltig gegen die Religion selbst geworden wären, ungeachtet das Christenthum mit der Konstitution wesentlich vereinigt ist. Wünschen wir uns die Achtung des guten frommen Volkes, dessen erwählte Vertreter wir sind, zu erhalten, so müssen wir auch jeden Anschein einer solchen Gleichgiltigkeit zu vermeiden suchen. Ich bin hievon durch den Ton der übrigen sinnreichen Argumente zu Gunsten der Maaßregel noch mehr überzeugt worden. Es war immer das Bestreben der Legislatur, in allen ihren Gesezen das Christenthum unter seinen verschiedenen Formen zu beschützen. Wäre aber das Raisonnement der ehrenwerthen Mitglieder richtig, so würde das Prinzip, das sie vertheidigen, eine immer größere Ausdehnung erhalten; jedes folgende Jahr dürfte uns neue Vorschläge ähnlicher Art, in Bezug auf andere Sekten, bringen, die bis jetzt den Genuß bürgerlicher Rechte mit uns noch nicht theilen; alljährlich wären wir dann gezwungen, den höchsten Eid, den die Religion auflegen kann, abzuändern. Sämmtliche vorgebrachte Argumente können

eben so gut auf Türken oder Heiden als auf Juden angewandt werden. Die beständige Aenderung der Eidesformeln würde unvermeidlich das Vertrauen des Volkes zu einem Parlamente schwächen, das es für sehr wankelmüthig halten müßte. Als es sich um die Katholiken handelte, mußten wir es schon wagen, es mit den Vorurtheilen einer ansehnlichen Volksklasse aufzunehmen, weil es hier die Erreichung eines großen nationalen Zwecks galt. Auch waren wir schon durch die Dankbarkeit gegen die Dienste im See- und Landkriege, welche die Katholiken dem Staate geleistet, aufgefordert, sie zu emancipiren, während in dem vorliegenden Falle solche Ansprüche nicht existiren. Ein Buch, das kürzlich unter Autorität der jüdischen Gemeinde erschienen ist, gibt ihre Gesamtzahl in Großbritannien auf 28,000 an; dies ist ein zu geringes Interesse, um deshalb gegen die religiösen Vorurtheile des Volkes anzulaufen.“

Dr. Rushington suchte diese Gründe besonders dadurch zu widerlegen, daß er bemerklich machte, es sei, wiewol allbekannt gewesen, daß eine Bill zu Gunsten der Juden einkommen werde, doch nicht eine einzige Bittschrift aus dem ganzen Lande dawider eingegangen. Auch machte er auf die seltsame Anomalie aufmerksam, daß Juden, die keine Advokaten werden können, doch das Patronatsrecht üben, und in Folge einer von Lord Eldon ausgegangenen Verfügung, sobald sie Kirchspielsabgaben bezahlen, auch eine Stimme bei der Wahl der Geistlichen dieses Kirchspiels haben. Dieses und andere Vorrechte, die sie bereits besäßen, wollten sie gern aufgeben, wenn man sie mit den Katholiken unter gleiche Anwendung des Gesetzes brächte; er seinerseits sehe auch durchaus nicht ein, daß dies der bestehenden Kirche und der christlichen Religion auf irgend eine Weise zum Nachtheil gereichen könne.

Nachdem darauf Hr. Percival gegen und Lord Morpeth für die Bill gesprochen, nahm der General-Fiskal (Sir B. Sugden) das Wort und sagte: „Die Lage der Juden ist mehr als einmal mit der der Katholiken verglichen worden, wiewohl mir doch scheint, daß hierbei ein wesentlicher Unterschied statt findet. Die Katholiken besaßen einmal große Macht und Privilegien, die man ihnen aus guten Gründen nahm, die jedoch zu einer Zeit, wo die Umstände es erheischten, wiederhergestellt zu haben, denjenigen, die diese Umstände zu würdigen wußten, sehr zur

Ehre gereicht. Ganz anders verhält es sich mit den Juden, die nichts besaßen, nichts, was einem bürgerlichen Rechte gleicht, inne hatten. Ich blinke mit eben solchem Abscheu, als irgend Jemand, auf die Grausamkeiten, die man sich einst gegen die Juden erlaubte; aber so sehr ich sie auch beklage, darf ich doch nicht übersehen, welches eigentlich ihre Lage in diesem Lande ist. Sie wurden einmal, nachdem man sie für die natürlichen Feinde der Christen erklärt und vielfältig verfolgt hatte, alle zusammen verbannt, und als sie nach der Restauration in kleiner Anzahl zurückkehrten, kamen sie als Leute, denen weder Bürgerrechte noch Ländereibesitz gestattet wurde, so wie man sie überhaupt nicht als eigentliche Unterthanen des Staates aufnahm. Nachdem sie es für gut befunden hatten, sich in dieser Weise und unter solchen Umständen hier niederzulassen, durfte man sie freilich nicht mehr so hart behandeln, oder den Beschränkungen und Verfolgungen wieder unterwerfen, denen sie vor ihrer Verbannung ausgesetzt gewesen. Ich gebe es gern zu, daß nichts die Gesetze rechtfertigen kann, die in Bezug auf die Katholiken gegeben worden sind; allein die Juden waren im Vergleich mit jenen ganz frei von allen Beschränkungen, eine Akte etwa ausgenommen, die unter der Regierung der Königin Anna durchging, und einem Kinde jüdischer Eltern, das zur christlichen Religion überging, das elterliche Vermögen zusprach, selbst wenn Vater und Mutter sich dagegen erklärt hatten. Diese Akte ist indessen nur in einem oder zwei Fällen zur Ausführung gebracht worden. Was die Frage betrifft, ob ein Jude gegenwärtig Ländereien besitzen darf, so nehme ich keinen Anstand hier zu erklären: daß sie Land zu besitzen und zu vererben, eben so viel und ein eben so gutes legales Recht haben, als irgend ein anderer Unterthan im ganzen Lande. Sollten darüber noch einige Zweifel herrschen, — was ich jedoch nicht glaube, — so würde ich es gern sehen, wenn diese Zweifel dadurch beseitigt würden, daß man eine förmliche Bill deshalb einbrächte. Ja, ich würde mich ungemein freuen, wenn recht viele Juden Ländereibesitzer und Gutsherren werden möchten. (Hört, hört!) Was aber alles Uebrige betrifft, so gestehe ich, daß ich viele Einwürfe wider die Zulassung der Juden habe. Daß Christenthum macht einen Theil des Landesgesetzes aus; und hat es auch durch die Meinungen des Ta-

ges vielerlei Gestalten bekommen, so ist es doch, bei allen Verschiedenheiten der Bekenntnisse und Meinungen, Christenthum geblieben. (Hört, hört!) Es fragt sich jetzt: Sollen wir allen Unterschieden wegen religiöser Meinungen mit einemmale und ganz und gar ein Ende machen? Ein ehrenwerthes Mitglied hat bemerkt, daß das Volk keine Bittschriften wider die vorgeschlagene Maaßregel eingereicht habe. Ich bin herzlich erfreut darüber, daß keine solche Bittschriften gekommen sind. Ich freue mich, weil es ein Beweis ist, daß sich die Gährungen vom Jahre 1752, als es sich um Naturalisation der Juden handelte, zur Ehre des Landes nicht erneuert haben. Möge das Haus allein in seiner Weisheit die Frage entscheiden; daß es nicht mit Bittschriften bestürmt worden, ist mir eines der günstigsten Zeichen der größern Aufklärung unserer Zeit. Ich bin nicht geneigt, die Juden theilweise zu emanzipiren, ich bin nicht geneigt, ihnen die Thür der Konstitution zu öffnen und dann eine Schildwache davor zu stellen. Fragt man mich aber, ob ich bereit bin, ihnen Alles zu bewilligen, so antworte ich: wir haben noch keine gehörige Erfahrung, wie die Maaßregel zu Gunsten der Katholiken, denen wir jene Vorrechte bewilligt, eigentlich gewirkt habe. Wir haben zwar dem Katholiken den Zugang zu diesem Hause und zu Aemtern geöffnet, allein noch hat der Katholik keine Zeit gehabt, ein Amt zu erhalten; ist auch der Zustand Irlands beruhigender, so kennen wir doch noch nicht die ganze Wirksamkeit des Versuchs. So lange uns diese Erfahrung fehlt, bin ich nicht Willens, weiter zu gehen, und auch die Juden in dieses Haus oder zu hohen Staatsämtern zuzulassen. In dieser Hinsicht kann auch die geringe Zahl der Interessenten — wiewol ich sonst auf dergleichen Zahlen keine Wichtigkeit lege — in besondern Betracht kommen.“ (Hört, hört!)

Hr. W. Smith bemerkte, falls einmal zugegeben werde, die Aufnahme der Juden in den Bereich der Konstitution sei etwas Wohlthätiges, so erscheine auch die baldige Zulassung, und zwar in der möglichst kürzesten Zeit als wünschenswerth. Er müsse sowohl das Talent als den Muth seines ehrenwerthen Freundes, der den heutigen Antrag vorgebracht, bewundern. Die Religion dürfe seiner Meinung nach in eine Frage, wie die vorliegende,

durchaus nicht eingemischt werden. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist,“ sei in der heiligen Schrift sehr wohl unterschieden von dem Folgesage: „und Gott, was Gottes ist;“ hieraus sei deutlich zu ersehen, daß Religion mit Politik nicht zu vermischen sei. Politische Gründe fänden sich jedoch durchaus nicht, welche die längere Ausschließung der Juden verlangten.

In seiner schließlichen Replik sagte Hr. R. Grant: „Der ganze Einwurf, den die Gegner der Maaßregel gemacht haben, scheint sich auf die Phrase zu beschränken: Sie sind Juden und wir sind Christen. Allein gerade, daß wir Christen sind und christlich zu Werke zu gehen haben, sollte uns bewegen, den Juden vollen Genuß bürgerlicher Rechte zu verleihen. Das, was der sehr ehrenwerthe Gentleman (der Kanzler der Schatzkammer) gesagt, ist mir, ich muß es gestehen, ungemein merkwürdig vorgekommen. Vor drei Jahren hätte der ehrenwerthe Gentleman eine solche Rede halten sollen. Daß die Vorurtheile des Volkes nicht sollten angegriffen werden, daß die Nationalgesinnung gegen den Vorschlag, daß das geltende Gesetz vortrefflich sei, daß die Staatsreligion durch eine Veränderung desselben in Gefahr kommen würde — Alles dies sind Gründe, die seit vielen Jahren, Jahr für Jahr, gegen die in der letzten Session endlich doch durchgegangene Maaßregel vorgebracht wurden. Sollten wir etwa, nachdem die katholische Frage entschieden worden, wieder dreißig Jahre hin und herreden, bis endlich die Ueberlebenden gestehen: die Mitglieder der Ministerbank sähen ihren Irrthum ein? (Hört, hört!) Welches Recht hat denn der sehr ehrenwerthe Gentleman dem Volke in England solche Vorurtheile jetzt noch beizumessen? Ich fordere ihn auf, mir einen Fall in der letzten Zeit nachzuweisen, wo sich das englische Volk vorurtheilsvoll gegen die Juden gezeigt hätte. Kann der sehr ehrenwerthe Gentleman das nicht, hat er alsdann nicht das Volk von England verläumdete, indem er demselben längst verschwundene Vorurtheile beimah? (Hört, hört!) Ich kann mir aber auch nicht denken, daß es das Resultat eines reiflichen Nachdenkens gewesen, was er uns in seiner Rede mittheilte. Ich fordere das Haus auf, nach dem, was es erst kürzlich für die Sache der religiösen Freiheit gethan, sich nicht dadurch selbst zu beschimpfen, daß es meinen Vorschlag ohne fernere Erwägung verwirft. Möge es gerecht sein gegen die,

die ihre Rechte fordern, aber nicht in der Lage sind, die Gewährung derselben zu erzwingen.“ (Hört, hört!) Hier-
auf wurde zur Abstimmung geschritten, und die Motion
mit der Majorität von 115 Stimmen gegen 97 ange-
nommen. (Großer Beifall.) Nun brachte Hr. Grant
die betreffende Bill sogleich ein, die zum erstenmal verlesen
wurde, worauf sich das Haus um Ein Uhr Nachts vertagte.

Die Bill zur Emancipation der Juden lautet:
„Da durch die Wirkung verschiedener Gesetze die königlichen Un-
terthanen mosaischen Glaubens gewissen Beschränkungen
und Entfähigungen unterworfen sind, und es zweckmäßig
ist, solche zu entfernen, und jene in Beziehung auf alle
bürgerlichen Rechte und Privilegien in die nämliche Lage
mit den königlichen Unterthanen katholischen Glaubens zu
setzen: so bitten wir Ew. Majestät, daß durch Sie es zum
Gesetze gemacht werde, und sei es hiermit, unter Mitwir-
kung und Bestimmung der geistlichen und weltlichen Lords
und der Gemeinen, versammelt in gegenwärtigem Parla-
ment, zum Gesetz gemacht, daß, nachdem diese Akte
durchgegangen sein wird, es für jeden königlichen
Unterthan mosaischen Glaubens gesetzmäßig sein soll, alle
und die nämlichen bürgerlichen Rechte, Freiheiten und Pri-
vilegien genießen, alle und die nämlichen Aemter und Stel-
len bekleiden zu dürfen, wie die königlichen Unterthanen
katholischen Glaubens, und zwar unter denselben Beschrän-
kungen wie diese, und mit der Bestimmung, daß die kö-
niglichen Unterthanen mosaischen Glaubens in allen Fällen,
wie die römisch-katholischen Unterthanen, von Gesezwegen
dazu gehalten sind, die in der Emancipations-Bill
vom vorigen Jahre vorgeschriebenen Eide abzulegen und zu
unterzeichnen, so wie auch die im neunten Jahre der ge-
genwärtigen Regierung in der Akte, welche die Teste des
Abendmals aufhebt, vorgeschriebene Deklaration. Wenn
ein königlicher Unterthan mosaischen Glaubens besagte Eide
ablegt und besagte Deklaration unterzeichnet, so sollen die
Worte: „Bei dem wahren Glauben eines Christen“ weg-
bleiben, und überhaupt sollen besagte Eide künftig den Ju-
den, die sich zur Ablegung derselben einfinden, auf dieselbe
Weise administriert werden, wie der Eid, welchen die Ju-
den gegenwärtig bei Gerichtsbehörden, vor ihren Zeugen-

Aussagen, abzulegen gehalten sind, und solche Ablegung soll bei allen Veranlassungen für hinreichend und gesetzmäßig gelten. Nachdem diese Akte durchgegangen sein wird, sollen für die königlichen Unterthanen mosaischen Glaubens dieselben und keine andere gesetzlichen Entfähigung und Straffälle Statt finden, wie für die römisch-katholischen Unterthanen, und soll die Ablegung besagter Eide dieselbe Kraft und Wirkung in Beziehung auf Entfernung aller übrigen Beschränkungen haben, wie bei den katholischen Unterthanen. Eben so soll die Administration, Aufzeichnung und Certifikation der von Juden abzulegenden Eide ganz auf dieselbe Weise, wie bei den von Katholiken abzulegenden, geschehen.“

Am 8. April sah sich Hr. Grant veranlaßt, wegen Vertagung des Hauses, die zweite Lesung der Bill bis zum 3. Mai zu verschieben, und an diesem Tage ward sie abermals bis zum 17. Mai ausgesetzt.

Journalartikel.

Der Courier: „Wer behauptet, daß in England eine große Theilnahme für oder gegen die Aufhebung der Unfähigkeiten der Inden herrsche, irrt sich sehr. Das Land im Ganzen kümmert sich wenig darum, und selbst die theiligte Partei ist nicht nur unter sich über die Sache getheilt, sondern auch als Körperschaft sehr lau und sorglos, ob der Vorschlag für ihre Befreiung durchgeht oder nicht. Es verhält sich damit, wie wir glauben, einfach so: das Land hat nichts dagegen, daß die Juden in den Besitz aller Rechte und Privilegien von Unterthanen kommen, und die Juden selbst wünschen nichts Weiteres. Alles was sie wünschen, ist das Recht Eigenthum zu besitzen, und den Einfluß desselben auf demselben direkten Wege wie wir auszuüben; und kein verständiger Christ hat im Sinn ihnen dies zu verweigern. Das höhere Privilegium legislativer und ministerieller Gewalt aber ist etwas, was weder sie verlangen, noch wir zugeben. Die ceremonielle Genossenschaft, die Alles opfern würde, um die Unterscheidung ihrer Sekte zu erhalten, macht die Juden im Allgemeinen abgeneigt, sich so

direkt mit uns zu identifiziren; während wir, als Christen, noch zu viel Eifer für die Einheit und Integrität einer christlichen Konstitution hegen, um ihnen eine Theilnahme an deren Verwaltung aufzuzwingen. Sollte Hrn. Grants Bill je bis zu einer Kommittee gelangen, so wird sie wahrscheinlich in einer dieser Ansicht entsprechenden Form daraus hervorkommen.“ — Die nämliche Ansicht spricht auch der Standard aus.

Der British-Traveler: „Ein Korrespondent macht uns auf unzählige Uebel aufmerksam, die eintreten würden, wenn die Judenbill durchginge. Unter Andern versichert er, die Juden würden bei dieser Gelegenheit nicht allein ein Jew-bi-lee haben, sondern wir müßten uns auch bald darauf gefaßt machen, in dem Chronicle oder den Times Stellen wie folgende zu lesen: „Durch einen Irrthum unsres Berichterstatters schrieben wir gestern Hrn. Aaron Salomon, dem Representative von London, die Rede zu, worin auf eine Bewilligung von 200,000 Pf. St. zur Errichtung von Synagogen in England angetragen wird. Diese treffliche Rede ward von Hrn. Josua Salomon gehalten, dem Repräsentanten von . . ., einem geschlossenen Borough in Nottingham, der kürzlich Sr. Gnaden dem Herzog v. . . . abgekauft wurde, durch eine kleine Stokkompanie Juden in Bevis Marks. Ausschusmitglieder sind Hr. Josua Salomon (der so eben die schönen Güter des Marquis v. . . . erstand, die in Folge von Pferderennen und Jagden zum Aufstreich kamen) und Hr. Aaron Mardochai, dessen Sohn Hr. Moses Mardochai, unser außerordentlicher Botschafter bei Sr. Allerchristlichen Majestät ist.“ Unser furchtsamer Korrespondent setzt bei, wenn diese Judenbill durchgehe, würden die Juden stets die Schatzkammer okkupiren, und bittet Hrn. Goulbourn (den Schatzkammerkanzler) darauf Acht zu haben. Er darf keine Sorge haben: Hr. Goulbourn wird darauf Acht haben. Uebrigens werden die Juden aufhören Juden zu sein, sobald die Welt aufhört sie zu zwingen, es zu ihrer eignen Vertheidigung zu sein.“

Der Courier: „Würden die Juden zur legislativen Gewalt zugelassen, so glauben wir, daß diese Maaßregel sehr unschädlich und wirkungslos wäre. Der Gedanke,

daß, so lange sie noch eine so unbedeutende Minorität der ganzen Bevölkerung bilden, ihr Reichthum und ihre Thätigkeit ihnen einen gefährlichen Einfluß verschaffen möchte, ist eines reichen und thätigen Landes kaum würdig. Wir hegen nicht die mindeste Furcht, daß, selbst wenn die Thore des Hauses der Gemeinen ihnen geöffnet würden (und wir sind ganz überzeugt daß sie es nicht werden), sie je eine hinreichende Zahl zusammenbringen könnten, um furchtbar, oder auch nur beunruhigend zu werden."

Die Times: „Wäre die Bill von einem sowohl durch Ernst als durch Gewissenhaftigkeit minder ausgezeichneten Mitgliede, als Herr R. Grant ist, in das Parlament eingebracht worden, so würden wir vermuthet haben, der Antragende wolle sich bloß einen Spaß machen, um damit die große Maafregel, die in der vorigen Session durchgegangen ist, ins Lächerliche herabzuziehen. Doch wie gesagt, die wohlbekannte Rechtschaffenheit und der ehrenwerthe Charakter des Mitgliedes für Fortrose lassen nicht allein keinen Zweifel über die Aufrichtigkeit, mit der er hervorgetreten ist, die Sache der jüdischen Nation zu vertheidigen, sondern ließen uns auch Anstand nehmen, die entschiedene Mißbilligung, mit der wir solche Vorschläge unter anderen Umständen aufgenommen hätten, auszusprechen." — Die Times sucht sodann darzuthun, daß, wiewohl sie mit Herrn Grant in dem Principe, daß in einem freien Staate jeder eingeborne Untertban ein Recht habe, an den allgemeinen Freiheiten Theil zu nehmen, übereinstimme, die Juden doch immer, vermöge ihrer traditionellen und religiösen Begriffe, Fremde in dem Lande blieben, in welchem sie sich aufhielten. Nie würde ein Jude die historischen Denkmale Englands zu den seinigen machen können, da seine National-Erinnerungen ganz anderen Thaten gälten. Sie glaubten an die dereinstige Wiederherstellung ihres Reiches und hätten darum schon ein ganz fremdes Interesse; glaubten sie aber nicht daran, so wären sie bloße Deisten, für die das Gesetz nicht zu sorgen brauche. In jedem Falle, meint die Times, hätte man erst die Synagogen des Landes fragen sollen, ob sie die Vorrechte, mit welchen man sie bekleiden wolle, auch wirklich begehrten; schwerlich würden in dieser Hinsicht die

Rabbinnen die Ansichten theilen, die einige sogenannte jüdische Philosophen hegten.

Der Globe: „Das Argument, daß die Juden entweder, wenn sie an eine dereinstige Wiederherstellung ihres Reiches glauben, Fremde in England bleiben, oder wenn sie nicht daran glauben, Deisten sind, auf die das Gesetz keine Rücksicht zu nehmen brauche, scheint uns eben so unhaltbar, als das früher wider die Emancipation der Katholiken vorgebrachte Raisonnement. Es war gewiß nichts leichter, als die Behauptung durchzuführen, daß die Verabscheuung der Kezerei, wie sie bei Katholiken stattfindet, diese, wenn sie jene Verabscheuung konsequent beibehalten, zu sehr schlechten Unterthanen eines protestantischen Staates mache; eben so leicht kann nun gesagt werden, daß die Juden die ihrer Wiederherstellung als Nation entgegensehen, sehr gleichgültig gegen die Interessen eines jeden von ihnen bewohnten Landes sein müssen. Machiavell hat durch ein ähnliches Raisonnement zu beweisen versucht, daß der Glaube der Christen an einen künftigen Zustand, die Belohnungen, welche das Christenthum dem Dulder und dem Demüthigen verspreche, die unendlich größere Wichtigkeit des künftigen Lebens im Vergleiche mit dem gegenwärtigen, sie zu schlechten Bürgern eines jeden Staates mache, in welchem die Freiheit als Grund-Prinzip erhalten werden soll, und zwar, weil eben die Freiheit nicht durch Geduld und Demuth, sondern durch Unbeugsamkeit und Widerstand, so wie durch den lebendigen Begriff von dem Werthe zeitlicher Dinge, aufrecht erhalten werde. Erfahrung und Geschichte haben jedoch bewiesen, daß eine jede dieser Theorien eben so viel Wahres als Falsches enthalte. Gute Christen sind darum nicht minder auch gute Kämpfer für die Sache der Freiheit gewesen; Katholiken haben sich, ungeachtet ihrer Verabscheuung aller Kezerei, als treue Unterthanen protestantischer Regierungen erwiesen, und die Juden haben an Orten, wo man sie mit Gerechtigkeit behandelte, treu die Pflichten erfüllt, die ihnen auferlegt wurden. Nur diejenigen Befenner jedes Glaubens, die diesen bis zum Fanatismus steigerten, zeigten sich als gefährlich im Besitze politischer Macht; durch Verfolgung aber und Ausschließung hat der Fanatismus von jeher neue Nahrung erhalten.“

Die Morning-Chronicle „Die Juden sind zwar gering an der Zahl, doch das Prinzip, für das sie kämpfen, ist von großer Wichtigkeit. Wir freuen uns, wahrzunehmen, daß das ganze Land die Frage in diesem Lichte betrachtet; denn unsere einzige Sicherheit gegen die Uebel der Verfolgung gewährt eben der Geist des Landes. Diejenigen, welche die Juden verfolgen, weil sie ihnen keinen Widerstand leisten können, würden auch Andere verfolgen, sobald es mit Sicherheit geschehen kann. Da es sich zeigt, daß in Liverpool, London, Bristol und allen großen Städten des Reiches die achtbaren Einwohner überall die Partei der Juden nehmen, so dürfte der engherzige illiberale Geist, der bloß auf eine gute Gelegenheit wartet, sich in seiner ganzen Gehässigkeit zu zeigen, das der Klugheit nachgeben, was er höheren Rücksichten nachzugeben nicht geneigt ist.“ — Der Courier, welcher in diesem Punkte die Ansichten der Times theilt, spricht dagegen die Ueberzeugung aus, daß die öffentliche Meinung sich nur deshalb so ruhig verhalte und die Sache selbst ohne Widerstand so weit habe kommen lassen, weil Jeder überzeugt sei, daß eine solche Maafregel in einem Lande, wo das Christenthum einen integrirenden Theil des Gesetzes ausmache, unmöglich durchgehen könne.

Ein Abendblatt hatte die Behauptung aufgestellt, die Juden selbst machten sich nicht viel aus der Erlangung der im obigen Geszentwurf für sie geforderten Rechte. Hierauf erwiedert ein anderes Abendblatt: „Diese Behauptung ist aus hämischer Absicht hervorgegangen und weder in der menschlichen Natur, noch in den Gefühlen der Juden begründet. Welcher Mensch liebt Beschränkung? Wer von uns würde nicht ganz England als einen Kerker betrachten, wenn ein Gesetz ihm verböte, es je zu verlassen. Kann auch die große Mehrheit unter den Juden nicht daran denken, sich um Parlamentsstellen zu bewerben, so wird ihr doch daran gelegen sein, ihre Interessen von einigen ihrer Glaubensgenossen vertreten zu sehen; kann auch den Reichen unter ihnen wenig an der Erlaubniß liegen, Krämerladen zu halten, so wird es ihnen doch nicht gleichgültig sein, ob ihre ärmeren Glaubensgenossen diese Erlaubniß haben oder nicht. Uebrigens bewiesen die vielen Petitionen

der Juden die Thatsache des von ihnen gefühlten Bedürfnisses.“

Unterhaus-Sitzung vom 29. April.

Der General-Fiskal überreichte die Bittschrift eines Juden, Moses Lewy, der darum nachsuchte, daß das Haus ein erklärendes Gesetz erlasse, worin alle Zweifel, ob ein Jude gegenwärtig in Großbritannien Ländereien besitzen dürfe, beseitigt werden. Nächstdem gab der Bittsteller die Erklärung ab, daß er noch nie einen Juden gesprochen habe, der den Wunsch gehegt, am Wahlrechte Theil zu nehmen, oder ein Mitglied des Unterhauses zu werden. Herr Ferguson gab sein Erstaunen und seinen Unwillen darüber zu erkennen, daß Jemand in einer Bittschrift, die einen hiervon ganz entfernten Zweck habe, eine solche Erklärung abgeben könne. So etwas könne der großen Frage, welche bald wieder der Erwägung des Parlamentes vorliegen werde, nur Schaden zufügen. Der General-Anwalt bemerkte: nicht er, sondern der Bittsteller habe eine solche Erklärung hier mit einschlüpfen lassen, worauf Herr Spring Rice meinte, man sollte, da Herr Moses Lewy es zu wünschen scheine, in die betreffende Bill einen Paragraphen bringen, durch welchen er allein von den Vorrechten, die seinen Glaubensbrüdern ertheilt werden möchten, auch fernerhin soll ausgeschlossen bleiben.

Herr Lewis Lewy, (nicht Moses Lewy) dessen Bittschrift in der Unterhaus-Sitzung vom 29. April einige Erörterungen veranlaßt hatte, hat folgendes Schreiben in die Zeitungen einrücken lassen: „Mein Herr! In der Diskussion, die gestern Abends bei Ueberreichung meiner Bittschrift im Unterhause stattgefunden hat, ist irrthümlich angeführt worden, daß ich, so wie mehrere meiner Glaubensgenossen, die Wahlfreiheit nicht zu besitzen wünsche. Es sei mir jedoch gestattet, zu entgegnen, daß, wenn auch Wenigen von uns die Frage, ob Juden in das Parlament zugelassen werden sollen oder nicht, gleichgültig sein mag, wir es doch für eine willkürliche und grausame Maaßregel ansehen würden, wenn man uns auch die Wahlfrei-

heit nähme. Meine Bittschrift, die zum Druck verordnet ist und leicht nachgelesen werden kann, sucht lediglich um ein erklärendes Gesetz darüber nach, ob Juden Ländereien besitzen dürfen; und dies soll, wie mir von hoher Autorität versichert worden, bewilligt werden. Ich habe mein Recht als Wähler in mehreren Fällen schon ausgeübt und kann daher die Meinung, daß ich das Parlament ersucht habe, mir dieses Recht zu nehmen, nur lächerlich finden. *Ihr. u. s. w.*"

Unterhausung vom 4. Mai.

Mehrere Bittschriften in Bezug auf die Emancipation der Juden gaben zu verschiedenen Erklärungen Anlaß. Hr. Bright überreichte deren zwei, eine von den jüdischen und die andere von den christlichen Einwohnern von Bristol, wobei er bemerkte, daß man an diesem Orte sich allgemein zu Gunsten der Juden ausspreche. Er selbst (Hr. Br.) würde, sobald die Frage vorkomme, mit Vergnügen etwas dazu beitragen, die Juden, wenn auch nicht von allen, doch von einem Theile der auf ihnen lastenden Beschränkungen zu befreien. Herr Protheroe fügte hinzu, beide Bittschriften aus Bristol verdienten die höchste Beachtung, denn, da die gegen Emancipation der Juden vorgebrachten Gründe einen religiösen Charakter hätten, so sei es wohl nicht überflüssig, zu bemerken, daß die Einwohner Bristols so religiös gesinnt seien, als irgend welche im ganzen Königreiche, und daß es gerade der gebildete Theil unter ihnen wäre, der den Juden wohlwolle. Er selbst verspreche dem Gegenstande seine eifrigste Unterstützung.

Herr Huskisson sagte: „Ich habe eine Bittschrift zu überreichen, welche von sehr angesehenen Banquiers, Kaufleuten und anderen Einwohnern Liverpools abgefaßt ist, die sämmtlich die Meinung aussprechen, daß die auf den Juden lastenden Beschränkungen eben so sehr dem Geiste als dem Interesse des Christenthumes zuwider seien; demnach bitten sie darum, daß die dem Hause vorliegende Bill in ein Gesetz verwandelt werden möge. Mehr als 2000 Personen haben die Bittschrift unterzeichnet, und unter denselben befinden sich nicht bloß der Mayor und

viele Korporations-Mitglieder von Liverpool, sondern sämmtliche Banquiers und fast alle großen Kaufleute dieser Stadt. Es ist mir von einem achtbaren Freunde erzählt worden, daß er noch niemals eine Bittschrift in Liverpool habe zu Stande kommen sehen, die so zahlreich und von so respektablen Leuten wäre unterzeichnet worden. Auch mehrere Geistliche der englischen Kirche befinden sich unter den Bittstellern. Unter solchen Umständen hoffe ich, man werde ihr die Beachtung schenken, die sie verdient. Es mag wohl auch in Liverpool Leute geben, die anders denken; im Allgemeinen darf jedoch gesagt werden, daß gerade die religiösesten sich entschieden günstig für die Emancipation erklärt haben.“

General Gascoyne entgegnete, daß er, so sehr und so gern er auch der Zahl und der Achtbarkeit der Bittsteller Gerechtigkeit wolle widerfahren lassen, doch aus denselben Gründen, die ihn bewogen hätten, sich der katholischen Emancipation zu widersetzen, auch gegen die Ansprüche der Juden sich erklären müsse. „Freilich,“ fuhr er fort, „mein sehr ehrenwerther Freund (Hr. Huskisson) handelt ganz seinen Grundsätzen gemäß, wenn er, eben so wie früher für die Katholiken, jezt auch für die Juden sich erklärt, und wenn die Emancipation dieser Leute jezt in Antrag gebracht wird, so geschieht bloß das, was ich in der vorjährigen Session bereits vorhergesagt habe; ich werde mich inzwischen, von dem Grundsatz ausgehend, daß eine Staats-Religion nothwendig sei, der Bill in allen ihren Stationen widersetzen.“ Hr. O'Connell erklärte darauf, daß eine Opposition der vorliegenden Bill, weit entfernt, den Katholiken schmeichelhaft zu sein, ihren Wünschen vielmehr entgegen sei. Sollte das tapfere Mitglied für Liverpool (Gen. Gascoyne) den Katholiken gefallen wollen, so müßte er die Emancipation ihrer jüdischen Mitbrüder, so wie überhaupt jede Duldungs-Maaßregel, unterstützen. Herr Brydges sagte, er werde sich der Bill aus allen Kräften widersetzen, worauf Hr. Huskisson meinte, daß selbst diejenigen, die der katholischen Emancipation entgegen waren, doch die der Juden unterstützen könnten, ohne dadurch ihrem Prinzipie entgegen zu handeln.

Unterhaus-Sitzung vom 17. Mai.

Am meisten hatte in dieser Sitzung die Bill wegen Emancipation der Juden, deren zweite Lesung angekündigt worden war, das allgemeine Interesse erregt. Vorher schon wurden zahlreiche Bittschriften zu Gunsten derselben eingereicht, namentlich der Einwohner von Canterbury durch Sir H. Parnell, der von Manchester durch Sir G. Phillips, der von Uxbridge durch Hrn. Hume, der von Sheffield durch Lord Milton, der von Portsmouth durch Hrn. Carter, der von Birmingham durch Hrn. Lawley, und endlich durch Hrn. Cavendish eine Bittschrift mehrerer Geistlichen und Mitglieder der anglikanischen Kirche. Als der Alderman Wood die von dem Lord-Mayor und dem Stadtrathe von London abgefaßte Bittschrift um Reduktion der Staats-Ausgaben und um Parlaments-Reform überreichte, sagte er unter Anderm, daß am vorigen Freitage in einer Versammlung des Gemeinderathes durch eine Majorität von 54 gegen 27 Stimmen beschlossen worden sei, den Juden das Recht zu ertheilen, Freibürger der City werden zu können, sobald sie den Freibürger-Eid, jedoch nach den Formen ihrer eigenen Religion, leisteten.

Der Solicitor-General erklärte, er habe kürzlich bei Ueberreichung der Bittschrift eines Hrn. Lewy gesagt, der Bittsteller sei der Meinung, daß es seinen Glaubensgenossen nur um die Sicherung des Eigenthums-Rechts, nicht aber um Wahl-Freiheiten und Parlaments-Sitze zu thun sei. Gegenwärtig finde er sich veranlaßt, hinzuzufügen, daß er gedachten Hrn. Lewy persönlich gar nicht kenne, jene Meinung aber sei ihm im Namen desselben von dem Rechts-Konsulenten, Hrn. Bicknell, mitgetheilt worden.

Hr. Brougham äußerte darauf, er wüßte wohl zu wissen, wer dieser Hr. Lewy sei, der es übernehme, im Namen aller seiner Glaubensgenossen sich so auszusprechen. Sir R. Wilson bemerkte, daß die Juden bereits im Besitze des Wahlrechtes sich befänden; seien sie auch nicht gesetzlich dazu autorisirt, so besäßen sie es doch de facto, indem sie es überall ausübten. „Wenn also,“ sagte hierauf der Solicitor-General, „die Juden bereits im praktischen Besitze des Wahlrechtes sind, so fällt ja eine

ihrer Beschwerden ganz und gar fort. Ueber Hrn. Perry weiß ich, wie gesagt, keine weitere Auskunft zu geben." Dr. Rushington meinte, unmöglich könne es dem Solicitor-General Ernst sein, wenn er äußere, daß sich Niemand mit dem praktischen Besitze eines Rechtes vollkommen begnügen könne. Ein solcher Besitz würde immer, sobald das Betum von Wichtigkeit sei, bestritten werden, und darum könne kein Verständiger es dal. Los bewenden lassen.

Hr. O'Connell überreichte eine Bittschrift von Einwohnern Dublins aller Glaubenskenntnisse zu Gunsten der Juden. Lord Killeen und H. C. Martin überreichten Bittschriften zu demselben Ende, die von Katholiken herrührten. Der Letztere äußerte, die Katholiken seien ungemein dankbar für die ihnen in der vorigen Session bewilligte Maafregel, glaubten jedoch ihre Dankbarkeit nicht besser bethätigen zu können, als indem sie nachsuchten, daß man gleiche Rechte auch ihren jüdischen Brüdern ertheile. „Diese Petition,“ fuhr er fort, „wird, wie ich hoffe, hinlänglich beweisen, daß diejenigen, die man als bigott und unduldsam immer bezeichnet hat, weit entfernt davon sind, solche Behauptungen zu hegen.“

Hr. A. Baring sagte darauf: „Ich habe dem Hause die Bittschrift der Kaufleute, Bankiers, Handelsleute und anderer Einwohner der City von London zu überreichen, die sämmtlich darum nachsuchen, daß man den Juden gleiche bürgerliche Rechte mit allen übrigen brittischen Unterthanen ertheile, und beileide ich mich, die besondere Aufmerksamkeit des Hauses darauf hin zu lenken. Da der Gegenstand in der heutigen Sitzung ausführlicher vorkommen wird, so will ich mich vorläufig auf die Bemerkung beschränken, daß diese von 14,000 Einwohnern unterzeichnete Petition zu den achtbarsten gehört, die jemals von London ausgegangen sind. Sie ist nämlich von 2600 Kaufleuten, 27 Bankiers, 11 Bank-Directoren, 1100 Doktoren der Medizin und anderen praktischen Aerzten und 500 Gerichts-Prokuratoren unterzeichnet. Wenn sich keine Advokaten dabei befinden, so kommt es daher, daß dieser Stand eine eigene Bittschrift durch Hrn. Brougham will überreichen lassen. Ein sehr vollgültiges Zeugniß ist diese Petition, da sie von einer großen Einwohner-Klasse kommt, unter der die Juden wohnen, denen sie, wiewohl in vielen anderen Punkten abweichender Meinung, doch

einmüthig zugestehet, daß sie durch ihr Betragen als brittische Unterthanen sich Ansprüche auf Gleichstellung ihrer Rechte mit denen aller anderen Unterthanen erworben haben. Von den in Großbritannien befindlichen Juden wohnen allein 18,000 in London, und so weit ich selbst diese Leute kenne, kann ich ihnen das Zeugniß geben, daß sie, weit davon entfernt, ihr Interesse von dem der Nation zu trennen und als ein abgesondertes zu betrachten, vielmehr an Allem, was das allgemeine Wohl befördern, die Segnungen der Erziehung verbreiten und zu National = Verbesserungen beitragen kann, den herzlichsten Antheil, eben so wie ihre christlichen Mitbürger, nehmen. Daß diese Meinung ganz allgemein verbreitet ist, wird schon dadurch bewiesen, daß, wiewohl man der zu ihrem Gunsten beabsichtigten Maaßregel die größte Publizität verliehen hat, doch nicht ein einziges Beispiel vorgekommen ist, daß eine Bittschrift gegen die Bill eingereicht wurde. (Hört, hört!) Die dem Hause vorliegende Maaßregel sehe ich nicht als eine solche an, die auf die allgemeine Politik des Landes den mindesten Bezug hat, vielmehr betrachte ich sie als einen bloßen Akt der Gerechtigkeit gegen einen Theil unserer Mitbürger, den kein erweislicher Grund von der Theilnahme an unseren Rechten ausschließen kann.“

Auf den Antrag, daß die überreichte Bittschrift vorgelesen und gedruckt werde, bemerkte General Gascoyne, daß er zwar dawider nichts einwenden wolle, doch müsse er sich entschieden gegen das Gesuch der Bittsteller erklären. „Es ist,“ sagte er, „hier bemerkt worden, daß keine einzige Bittschrift gegen die Maaßregel eingekommen sei; das kommt aber bloß daher, weil Niemand im Lande daran glaubt, daß das Haus ernstlich Willens sei, sie durchgehen zu lassen. Man scheint ganz besondere Wichtigkeit auf die Bittschriften der City von London und anderer großen Städte legen zu wollen; als jedoch von denselben Städten im vorigen Jahre Petitionen wider die Katholiken eingingen, behandelte man sie nicht mit gleicher Freundlichkeit und Achtung; vielmehr wurde gesagt, sie seien das Resultat der Unwissenheit und der Bigotterie. Ich will mich vorläufig über den Gegenstand nicht weiter auslassen; wenn jedoch ein edler Lord (Killean) gesagt hat, er mache sich anheischig, zu beweisen, daß die Emancipation der Juden dem Christenthume förderlich sein würde, so möchte ich doch in

der That gern, um etwas daraus zu lernen, diese Beweis-Gründe hören, inzwischen dürften sie dem edlen Lord wohl ein wenig schwer werden.“

Hr. O'Connell erwiederte: „Der edle Lord meinte bloß, daß das Prinzip des Christenthums dadurch gefördert werden dürfte, und ich, der ich von gleichem religiösen Bekenntnisse mit dem edlen Lord bin, theile auch in dieser Hinsicht seine Gesinnungen. Die im vorigen Jahre aus den großen Städten gegen die Katholiken eingekommenen Petitionen trugen übrigens ganz andere Unterschriften, als die jezigen, und zeugten sie auch nicht gerade von Unwissenheit, so thaten sie doch einen Mangel an Kenntnissen dar und konnten eine gewisse bigotte Farbe durchaus nicht verleugnen.“—Ein Mitglied bemerkte, der Unterschied zwischen den Bittschriften dieses und des vorigen Jahres bestände darin, daß sie sich dieses Mal alle auf einer Seite befänden. Wenn das Mitglied für Liverpool (General Gascoyne) der Meinung wäre, es würde schwer sein, zu beweisen, daß die Emanicipation der Juden dem Christenthume förderlich sei, so dürfte es doch noch weit schwerer sein, darzuthun, daß das Christenthum dadurch in seinen Prinzipien auf irgend eine Weise gekränkt werde.—Nachdem die Bittschrift der City verlesen und zum Druck verordnet worden war, übergab Hr. Brougham die ähnliche Bittschrift der Londoner Advokaten unter denen sich, wie er sagte, nicht bloß die ausgezeichnetsten ihres Standes, sondern auch die Bekenner aller christlichen Konfessionen befänden. Nähme auch das Mitglied für Liverpool ein Vergerniß daran, so müsse er doch bemerken, daß sämtliche Bittsteller der Meinung seien, die bürgerliche Gleichstellung der Juden mit allen anderen Unterthanen würde weder den wohlthuenden Grundsätzen des Christenthums, noch der Kraft und Sicherheit der Regierung im Wege sein.

Hr. Calvert meinte, er habe nicht sowohl gegen die Bill, als dawider Einwendungen zu machen, daß das System der Gleichstellung nicht auch zu gleicher Zeit über die Quäker ausgedehnt werde, die es im höchsten Grade verdienten. Da Hr. Brougham entgegnete, man brauche darum nicht eine Klasse von Unterthanen von einem Rechte auszuschließen, weil eine andere nicht zugleich mit eingeschlossen sei, so erklärte Hr. Calvert, es sei seine Absicht, dem Hause die Aufgabe zu stellen, inwiefern ge-

gewisse Leute bei Uebernehmung von Aemtern und Parlaments-Sitzen der Eide ganz entbunden werden könnten. (Hört, hört!) Ein ehrlicher Mann werde durch sein bloßes Wort gebunden, ein unehrlicher aber auch durch einen Eid nicht. Hr. R. Grant ertheilte darauf dem Hrn. Calvert die Versicherung, daß, wenn derselbe ihm nur für die jetzt von ihm eingebrachte Maaßregel seine Unterstützung leihen wolle, er späterhin auch herzlich gern ihn unterstützen wolle, wenn es sich darum handle, den Quäkern ebenfalls bürgerliche Freiheiten zu ertheilen. Mehrere Bittschriften ähnlichen Inhalts, unter Andern auch von 4000 Einwohnern der Stadt Leeds, wurden alsdann noch überreicht, wonächst Hr. R. Grant selbst, unmittelbar ehe auf die zweite Lesung seiner Bill angetragen wurde, drei Bittschriften übergab, wovon eine von dem bekannten Hrn. Robert Owen und eine andere von 592 der reichsten jüdischen Einwohner der Hauptstadt kam, die sämmtlich gegen die von dem General = Fiskal auf die Autorität eines Hrn. Lewy gegebene Versicherung, daß es ihnen um Wahlrechte und Wählbarkeit zum Parlamente durchaus nicht zu thun sei, protestirten.

Sir J. Wrottesley erklärte, er wolle den Juden gern alle Freiheiten bewilligen, nur nicht das Recht, im Parlamente zu sitzen, worauf Hr. R. Grant den Wunsch aussprach, daß alle diejenigen Mitglieder, die eben so wie der ehrenwerthe Baronet das Prinzip der Bill guthießen, gegen Einzelnes jedoch Einwendungen zu machen hätten, dieses bis zur Erörterung im Comité aufsparen und die zweite Lesung darum nicht verhindern möchten.

Gegen die Lesung erhob sich jedoch zunächst wieder General Gascoyne, welcher sagte, er könne diese schon deshalb nicht zugeben, weil er fürchte, daß es im Comité mit der Bill wieder so gehen möchte, wie im vorigen Jahre mit der katholischen. „Zu sehr,“ sagte er, „sind bereits die protestantischen Vertheidigungs-Wälle der Konstitution durchbrochen worden, als daß wir nicht mit vermehrter Aufmerksamkeit darauf wachen sollten, daß in dieser Zeit wunderbarer Veränderungen nicht noch größere Eingriffe geschehen. Wer hätte wohl noch vor wenigen Jahren geglaubt, daß die in den beiden vorigen Sessionen durchgegangenen großen Maaßregeln der Emancipation (hört! hört!) die Sanction eines protestantischen Parlamentes er-

halten würden? Viel wird freilich von den Segnungen der sogenannten religiösen Freiheit gesprochen — von denen ich, beiläufig gesagt, keine große Meinung habe — allein diese ist nichts weiter, als eine Vereinigung aller Sekten, die sehr oft darauf hinausführt, daß man gegen alle Bekenntnisse gleichgültig wird. Es ist durchaus kein Argument gegen die katholische Maafregel geltend gemacht worden, daß nicht mit verstärkter Kraft seine Anwendung auf die vorliegende fände. Was gegen diese Argumente auftritt, ist einzig und allein zu Gunsten der Katholiken. Diese bilden nämlich eine zahlreiche und sehr achtbare Einwohnerklasse, besitzen viele Ländereien, sind unsere Mit-Christen, die sich zu der Form des Christenthums bekennen, die unsere gemeinsamen Vorfahren einst die ihrige nannten, und der einzige Einwurf ist in der antiprotestantischen Tendenz ihres Glaubensbekenntnisses zu finden. Wie verhält es sich dagegen mit den Juden? Sie bilden keine zahlreiche Einwohner-Klasse, ja, im Verhältnisse zur übrigen Bevölkerung ist ihre Anzahl so gering, daß, zugegeben sie hätten ein Recht dazu, die kleinste unter allen Vertretungen im Parlamente ihr gebührender Antheil sein würde. Sie haben nicht, wie unsere katholischen Brüder, so viele Interessen im Lande vertheilt und sind allen christlichen Institutionen wesentlich feind. Darum und weil ich es für unmöglich halte, daß sich ein Jude jemals mit den verwaltenden Interessen eines christlichen Volkes identifiziren könne, mache ich das Amendement, daß diese Bill erst in sechs Monaten zum zweiten Male verlesen werde.

Lord Belgrave erklärt, er habe die Rechte der Katholiken vertheidigt, könne aber unmöglich die Ansprüche der Juden billigen. „Die Juden (sagt er), auf ihre Religion sich stützend, forderten stets als eine eigene Nation betrachtet zu werden, und schlossen sich also selbst von der vollen Theilnahme an den bürgerlichen Rechten aus. Wo je auf der Oberfläche der Erde die Juden erscheinen, hingen sie jenem unterscheidenden Merkmal, ein besonderes Volk zu sein, aufs hartnäckigste an. Dachte der Jude in England — mochte er in Monmouthstreet Trödelkram treiben, oder auf der Börse Staatsanleihen negoziiren — je daran, sich mit den großen Institutionen dieses Landes zu identifiziren? Nie konnte er in wahre Gemeinschaft mit uns treten; die Kränze des Ruhms in der brittischen

Geschichte haben keinen Reiz für ihn; ihm schlägt das Herz nicht höher bei ihren Erinnerungen, er nimmt keinen Theil an dem was wir lieben; denn in dem Augenblicke, in welchem in seinem Gemüth die Gefühle eines Engländers erwachten, würde er aufhören ein Jude zu sein. Man hat die Frage aufgeworfen, ob der Jude nicht gefährlicher sei, wenn er durch Klagen gereizt werde, als wenn man durch das Vertrauen, das man ihm zeige, das Gefühl des Dankes in ihm erwecke? ob es nicht besser wäre, den Strom seines Reichthums in brittische Kanäle zu leiten, indem man ihn mit dem Nationaleigenthume vereine, statt ihn ins Ausland gezogen zu sehen? Die Juden aber suchen eine so innige Vereinigung gar nicht; sie hegen andere Aussichten ihres künftigen Looses; sie sind die Bewohner eines andern Klima's, die Bürger eines andern Landes, nach dem ihre Augen mit unveränderlicher Sehnsucht gerichtet sind."

Lord Darlington sagte: „Obgleich ein Freund der Freiheit und der Parlamentsreform, glaube ich doch, mich dieser Motion widersetzen zu müssen, weil ich weder von Seite des Rechts noch der Staatspolitik ihre Nothwendigkeit einsehe. Ich stimme also gegen sie, trotz der Warnung eines Freundes, der mich neulich auf der Strafe fragte, wie ich in diesem Fall je hoffen könnte, von einem Juden Geld anzuleihen. (Gelächter.) Ich erwiderte ihm, der Jude werde noch wie vor gleich bereit sein mir Geld zu leihen, weil er dies für seinen Sak und nicht für den des Borgers thue. Ich erinnerte ihn dabei an Shayspears Kaufmann von Venedig, wo Shylok sagt:

Mein edler Herr, ihr spie't mich jüngsthin an
Ihr gabt mir einen Tritt; ein andersmal
Da schaltet ihr mich einen Hund — und nun
Für solche Höflichkeit soll Geld ich leihen?

Und Antonio antwortet ihm:

Fast hätt' ich Lust dich wieder so zu nennen,
Dich anzuspeien, mit dem Fuß zu treten.
Wenn du mir Geld willst leihen, leih's mir nicht
Als deinem Freund (denn wo nahm Freundschaft je
Vom Freunde Lohn für unfruchtbar Metall?)
Als deinem Feinde lieber leih es mir,

An dem du, hält er nicht mit Zahlung ein,
Mit besserem Schein die Strafe üben magst.

Ich kann nie meine Zustimmung geben, daß ein Jude, ein Türke oder ein anderer Ungläubiger ein Mitglied des brittischen Parlaments werde.“—Hr. M i l d m a y protestirt gegen die Anklage, als ob die Bertheidiger der vorliegenden Maaßregel Feinde der Konstitution und der Kirche wären. „Ich wünsche (sagt er) so sehr als irgend Jemand, daß die anglikanische Kirche in ihrer gegenwärtigen Kraft und Reinheit erhalten werde, weil ich glaube, daß ihre Lehren am besten geeignet sind, hienieden das Wohl des Volks zu fördern, und den Weg zu bahnen zu seinem Glücke in der anderen Welt. Diese Ansicht aber schließt die Duldsamkeit und Gerechtigkeit gegen Andersdenkende nicht aus, und vergebens suche ich in den Reden der Gegner auch nur den Schatten eines Beweises.“

Sir Robert Wilson sagte: „Die Juden, welche im Besitze politischer Rechte und im Genusse politischer Freiheiten in den Niederlanden und Frankreich sind, werden dort als eben so nützliche Staatsbürger betrachtet, wie die Befenner jeder anderen Religion. Will der edle Lord, indem er, hiermit im Widerspruch, behauptet, daß sich die Juden niemals mit den Engländern amalgamiren würden, damit vielleicht sagen, daß das Land ausschließlich ein christliches bleiben müsse? (Beifall von den ministeriellen Bänken.) Eine solche Meinung kann nur von denen gehegt werden, die jetzt ihren Beifall kund gethan haben und sich, dem Anscheine nach, von einem Einflusse beherrschen lassen, der über ihr besseres Urtheil den Sieg davon trägt. Ein tapferer General (Gascoyne) hat die Frage aufgeworfen, ob in diesem Hause etwa eine Vereinigung aller Religions-Sekten stattfinden solle? Nun, darauf lautet meine Antwort: Ich will mich herzlich freuen, wenn ich hier den Juden, den Unitarier und den Befenner der englischen Kirche beisammen sitzen sehe. Ich finde mich besonders zu dieser Bemerkung veranlaßt, da ich ein Mitglied der unitarischen Gemeinde (Hrn. W. Smith), gleich ausgezeichnet durch Humanität, wie durch Einsicht, vor mir sitzen sehe. In Southwark ist es den Juden durch die

Duldung ihrer christlichen Mit-Wähler gestattet, bei Parlaments-Wahlen mitzustimmen. Inzwischen kann ihnen dieses Recht doch täglich bestritten werden, und darum fordere ich das Haus auf, ein Comité zu bewilligen, um den Juden, wenn auch nicht Parlaments-Sitze zu gestatten, doch alle andern Bürgerrechte zu bestätigen. Der Staat hat durchaus kein Recht, irgend eine Religion vorzuschreiben, oder eine andere zu proscribiren, wenn nicht etwa ihre Grundsätze gefährlich für die Sicherheit des Landes sind. Daß dies aber nicht sei, weiß ich aus eigener Erfahrung; ich kenne sehr viele Juden, und zwar in verschiedenen Welttheilen, und habe sie immer human und wohlthätig gefunden. So gibt es jetzt in England ein zu diesem Glauben sich bekennendes Individuum, das an der Spitze von 27 christlichen Wohlthätigkeits-Instituten sich befindet, und zwar hat ein Theil dieser Institute die Tendenz, die christliche Religion zu verbreiten. Er unterstützt diese Institute, weil er, wie wohl nicht selbst zum christlichen Glauben sich bekennend, doch der Meinung ist, daß derselbe ganz vorzüglich geeignet sei, die allgemeine Moralität zu befördern. (Hört, hört!) So benimmt sich ein Mann von dem Volke, dem das Haus jetzt Gerechtigkeit durch eine Maaßregel soll widerfahren lassen, der ich mit Freuden meine herzlichste Beistimmung gebe."

Herr O'Connell nahm darauf das Wort. „Ich bin stolz darauf,“ sagte er, „die gegenwärtige Maaßregel, sowohl aus Prinzip als aus menschlichem Mitgefühl, unterstützen zu können. Ich erinnere mich der Zeit, da das Lösungswort in diesem Hause, nicht so wie jetzt: „„Christenthum,““ sondern „„Protestantismus““ war. Die Katholiken verschrte man als bigott, und es hieß von ihnen, sie würden, wenn einmal ins Parlament zugelassen, keine Gewissens-Freiheit gestatten. Wo jedoch, ich möchte es wohl wissen, wo befinden sich jetzt die Vertheidiger der Bigotterie? (Hört!) Wer sind die vor dem Hause befindlichen Parteien? Keine Ausländer, sondern in England geborne Juden. Man hat sie Ungläubige genannt, allein man vergißt, daß sie, eben weil sie zu gewissenhaft sind, um etwas zu beschwören, an das sie nicht glauben, vom Parlamente sich ausgeschlossen sehen, während das Haus keine Sicherheit dagegen besitzt, daß Atheisten und Deisten hereinkommen. Man hat ferner von getheiltem Interesse

gesprochen und meint damit, daß der englische Jude die Gesinnung jedes ausländischen Juden theile. Es ist dies aber nichts weiter als eine Uebersetzung des getheilten Gehorsams von der vorigen Session (Gelächter). Welches ist der Zustand der Juden in Frankreich? Man wird vielleicht behaupten wollen, daß die französische Legislatur keine christliche sei. Nun freilich, das Wesentliche einer christlichen Legislatur besitzt Frankreich nicht; es fehlen ihm nämlich die Burgflekenhändler (Gelächter). Die Deputirten können dort nicht von der linken Seite zur rechten überlaufen, mit zehn oder elf Burgfleken-Besitzern an ihren Rucksäcken. (Großes Gelächter.) Doch in Frankreich sowohl als in den Niederlanden sind die Juden emancipirt und werden zu hohen Aemtern zugelassen, wobei sie sich denn als unparteiische und eifrige Staatsdiener zeigen." Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß diejenigen selbst, die der katholischen Bill sich widersetzt hätten, die vorliegende unterstützen könnten, so wie mit dem Wunsche, daß es Jedermann im vereinigten Königreiche gestattet sein möge, Gott nach den Vorschriften des eigenen Gewissens anzubeten.

Herr. Trant gab seinen Entschluß kund, sich der Maaßregel auf alle mögliche Weise zu widersetzen. „Um so mehr," sagte er, „finde ich mich dazu veranlaßt, als ich sehe, daß Herr Robert Owen, ein Mann, der bei einer öffentlichen Versammlung geradezu erklärt hat, daß die christliche Religion ein Betrug sei, erschienen ist, um für die Maaßregel zu petitioniren. Möge sie der ehrenwerthe und rechtsgelehrte Herr, der sie eingebracht hat, so viel bemänteln, als er will, so kann doch nicht geleugnet werden, daß diese Bill das Prinzip des Christenthums vernichten würde, auf welchem die Institutionen dieses Landes bisher geruht haben. Mit Blackstone werde ich behaupten, daß das Christenthum Gesetz des Landes sei, und im Widerspruche mit dem ehrenwerthen Abfasser der Bill geht meine Meinung dahin, daß die Juden nicht als Christen angesehen werden können, und daher auch in einem christlichen Staate nicht auf gleiche Vorrechte mit Christen Ansprüche machen dürfen. Wer sind denn eigentlich die, zu deren Gunsten diese Maaßregel beabsichtigt wird? Es sind die Abkömmlinge derjenigen, welche den Heiland kreuzigten und ausriefen: „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder!" die Abkömmlinge derjenigen, die den Stifter

unserer Religion verfolgten und es noch thun würden, wenn sie die Macht dazu hätten. (Unterbrechung durch Mißfallsbezeugungen.) Mögen sich die ehrenwerthen Herren über solche Aeußerungen immerhin aufhalten, ich kann ihnen doch sagen, daß diese Ansicht nicht bloß von einem so unwissenden dummen Individuum, wie ich bin, kommt, sondern von dem ganzen englischen Volke getheilt wird; dieses würde unstreitig zahlreiche Bittschriften gegen die Bill eingesandt haben, wenn es nur im mindesten an die Möglichkeit glaubte, daß sie durchgehen könne. Nicht der Verfolgungsgeist ist es etwa, der dem Juden sagt, er dürfe weder in diesem Hause noch auf dem Richterstuhle sitzen; denke man sich nur den Fall, daß ein Jude als Richter über Blasphemie abzuurtheilen hätte; welche Kollision würde da nicht entstehen? Eine vollkommene Ungereimtheit beabsichtigt die Maaßregel, und darum widerseze ich mich ihr."

Lord J. Russell meinte, daß die Bill weder so vieles Redens nach der starken Oposition, die sie im Hause gefunden, werth zu sein scheine. Die Zulassung von etwa 30,000 oder höchstens 40,000 Juden zu den Vorrechten der Konstitution, sei keine Sache von solcher Wichtigkeit, und sei eben so wenig mit irgend einer Gefahr verbunden, als daraus eine Gefahr entstehen würde, daß man die Juden ferner ausschließe. „Nur des Prinzipes wegen,“ fuhr er fort, „ist diese Maaßregel gut zu heißen, des Prinzipes, daß, in den beiden vorigen Sessionen sich geltend machend, zwei große Maaßregeln durchgeführt hat, und dieses Prinzip heißt: „Keine religiöse Meinung darf einem bürgerlichen Vorrechte in den Weg treten.““ Deshalb auch gebe ich der Bill meine herzlichste Zustimmung. Nachdem einmal das Parlament erklärt hat, daß man nicht nothwendig zu den Lehren der englischen Kirche sich bekennen müsse, um an den Vorrechten der Konstitution Theil zu nehmen, ist auch die Ausschließung der Juden nicht mehr gut zu vertheidigen. Der Jude trägt zu allen Lasten des Staates bei und zeichnet sich ganz besonders durch Gehorsam gegen die Geseze und Treue für den König aus; er verdient daher um so weniger, von einer Konstitution ausgeschlossen zu werden, unter deren Schutz er lebt. (Hört, hört!) Wenn die Juden eine besondere Nation für sich bilden, so ist dies nur eine Folge der über sie verhängten Geseze; geht aber die vorliegende Maaßregel durch, so würde sich der Jude

binnen wenigen Jahren vollkommen mit uns amalgamiren. Verwirft das Haus die Bill, so hebt es gleichsam das Prinzip wieder auf, das es in den beiden vorigen Sessionen durch große Majoritäten festgestellt hat. Ich leihe daher der Maafregel meine wärmste Unterstützung."

Hr. G. Banks sagte, es sei falsch, daß, wie das ehrenwerthe Mitglied für Clare gemeint habe, unter dem bestehendem Gesez Mahomedaner, Deisten und Atheisten zu Parlamentssitzen wählbar, und nur Juden allein ausgeschlossen seien. Mahomedanern und Deisten sei der erforderliche Eid eben so im Wege, als den Juden; Atheisten aber würden, selbst wenn sie sich Zutritt zum Parlamente verschafften, was er inzwischen für unmöglich halte, hier so sehr alle Meinungen gegen sich haben, daß sie allen Einfluß verlieren würden. Ein anderes sei die Macht, die der Reichthum den Juden gewährt, und ein anderes wieder die politische und legislative Macht, welche letztere, nach Locke, die höchste sei, die es in einem Staate geben könne; nichts Widersprechendes läge also darin, daß die Juden die eine Macht besäßen, ohne auch die andere zugestanden zu erhalten. —

Hr. Huskisson, der darauf das Wort nahm, sah zunächst sich veranlaßt, gegen die von einigen Mitgliedern geäußerte Meinung, in Bezug auf die früher von ihm überreichte Bittschrift aus Liverpool, sich auszusprechen. Es sei gesagt worden, daß diese sehr zahlreiche und achtbare Unterschriften tragende Petition hauptsächlich durch den Einfluß der Juden in Liverpool veranlaßt worden sei. Er (Hr. Huskisson), der diese Stadt einigermaßen kenne (er ist bekanntlich einer ihrer Vertreter im Parlamente), könne inzwischen die Versicherung ertheilen, daß wohl in keinem Theile des Landes die Juden einen geringeren Einfluß ausübten, als in Liverpool; sie betrieben dort hauptsächlich den Detail-Handel, und dies könne schwerlich einen besondern Einfluß gewähren. Die christlichen Einwohner von Liverpool hätten durch ihre Bittschrift dem großen Principe der Religions-Freiheit einen freiwilligen Tribut bringen wollen. „Wenn übrigens,“ fuhr Hr. Huskisson fort, „mein tapferer Freund (General Gascoyne) mich darauf hinweist, daß ich der Bill zu Gunsten der Dissenters zur Zeit mich widersetzt hätte, so bitte ich denselben, sich zu erinnern, daß ich damals nur deshalb so verfuhr,

weil ich fürchtete, daß eine solche Maaßregel, wenn sie, ohne zugleich die katholische Emancipation in sich zu begreifen, durchgehe, dem Erfolg dieser letzteren, bei Weitem größern Frage nachtheilig sein würde. Die heute wider die Emancipation der Juden hier vorgebrachten Argumente sind mutatis mutandis ganz dieselben, die ich dreißig Jahre lang gegen die Emancipation der Katholiken vorbringen hörte. Besorgnisse wegen Gefährdung von Konstitution und Kirche bildeten das beständige Thema aller Opponenten jener großen Maaßregel, und doch ist sie endlich durchgegangen. Man hat die Katholiken zum Parlamente zugelassen, und mein sehr ehrenwerther Freund (Sir Robert Peel) gibt jetzt selber zu, daß keine während eines ganzen Jahrhunderts durchgegangene Maaßregel mehr als diese dazu beigetragen habe, die Macht und die Hilfsquellen des Reichs zu vermehren. Sowohl ihrer Gerechtigkeit wegen, als um des Prinzipes willen, unterstütze ich die vorliegende Bill, und ich werde, falls es ihren Opponenten gelingen sollte, die Majorität dieses Hauses dawider zu stimmen, den Umstand zwar bedauern, doch darum das Prinzip der Bill nicht aufgeben. Lieb wäre es mir, wenn man die zweite Lesung gestattete und die Bill bis zum Comité gelangen ließe; hier würde ich sie zwar ebenfalls standhaft vertheidigen, doch, falls einige Aenderungen für statthaft befunden werden sollten, auch nicht eigensinnig auf Allem beharren. Es hat diese Bill die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich gezogen, und es ist gesagt worden, daß diejenigen Mitglieder, die sie unterstützten, dies bei einem bevorstehenden Zusammentreffen mit ihren Konstituenten sehr bedauern dürfen. Ich habe mich indessen bei dieser, wie bei der katholischen Frage, nur durch mein Pflichtgefühl leiten lassen, und ich bin nicht besorgt, daß meine Konstituenten, wenn sie diese Fragen hinsichtlich ihres öffentlichen Nutzens erwägen, darüber nicht mit mir übereinstimmen werden. Ich gebe der Bill meine herzlichste Beistimmung, und denke, daß sie der Schlupunkt zu den Maaßregeln ist, welche das gegenwärtige Parlament unsterblich machen werden."

Sir Robert Peel (der wegen der Krankheit seines Vaters bei der ersten Diskussion nicht gegenwärtig gewesen) sagt im Wesentlichen: „Ich kann diese Bill

nicht unterstützen; ich billige weder das Prinzip noch die Art, wie man es festzustellen sucht. In der vorlezten Session gaben wir einer Maafregel zur Emancipation der protestantischen Dissenters unsre Zustimmung; in der lezten Session ging eine Bill zur Emancipation der katholischen Unterthanen Sr. Maj. durch; daraus schließt man, daß wir, um folgerecht zu sein, auch den gegenwärtigen Vorschlag annehmen müssen. Ich höre dies mit Bedauern, und höre es zum erstenmal. In den Diskussionen über die Katholiken und Dissenters wurde nie etwas dieser Art vorgebracht, wurde nie behauptet, wenn wir unsre Mitchristen zur Theilnahme an der Gewalt zuließen, folge daraus nothwendig und unvermeidlich, daß auch Menschen, die das Christenthum ganz verwerfen, aller Privilegien der Konstitution theilhaftig werden müßten. Protestanten und Katholiken bekennen beide dieselben großen Lehren des Christenthums; geht aber diese Bill durch, so ist klar, daß in nothwendiger Konsequenz jede Eidesform, die ein Bekenntniß des christlichen Glaubens fordert, abgeschafft werden muß. Dies wäre eine der wichtigsten Aenderungen in den Sitten und Gebräuchen dieses Landes; wir gäben ein Prinzip auf, das von den frühesten Zeiten unsrer Konstitution an bestand. Nun möchte ich die dringende Nothwendigkeit kennen lernen, die uns einen so wichtigen Schritt geböte. Nach einem als Autorität geltenden Werke eines achtungswerthen Juden wohnen in dem vereinigten Königreiche ungefähr 27,000 Juden, geborne Unterthanen Sr. Majestät, von denen 20,000 in London seßhaft sind. Und um dieser 27,000 Individuen willen soll ich ein Prinzip aufgeben, das in die frühesten Zeiten unsrer Geschichte hinaufreicht? Man sagt die Juden seien durch die Ausschließung entwürdigt; betrachten wir sie aber, wie sie doch in gewisser Rücksicht betrachtet werden müssen, als Ausländer und Fremde, finden wir da in ihren eigenen Institutionen, ihrer Religion, ihren Sitten, ihren Vorschriften, in Betreff der Ehe und der bürgerlichen Gesellschaft, nicht viele Gründe, um die Quelle des in Beziehung auf sie bestehenden Vorurtheils nachzuweisen, ohne daß wir es den Ausschließungsgesetzen beizuschreiben brauchten? Man hat gefragt: warum können die Juden, die in Holland, Frankreich und den Vereinigten Staaten zur Gewalt zugelassen sind, es nicht auch in unserm Lande werden? Ich frage

dagegen: was war die Folge ihrer Zulassung in jenen Ländern? In den Vereinigten Staaten genießen sie jene Rechte seit vierzig, in den Niederlanden und Frankreich seit fünfzehn Jahren; dennoch kamen in dieser ganzen Zeit bloß einer oder zwei Fälle vor, daß Juden höhere Stellen erhielten. (Beifall.) Ich weiß, was dieser Beifall sagen will; man meint, es sei also keine Gefahr bei Aufhebung der Unfähigkeitsgesetze zu befürchten, da die Juden doch nie einen praktischen Vortheil daraus ziehen würden. Dies aber ist kein Argument, welches das Abweichen von dem Grundsatz der Konstitution rechtfertigte. Nähmen wir die Bill an, so würden wir alle Ungläubigen auf gleichen Fuß mit Protestanten und den Christen überhaupt setzen, und damit die Gefühle des Landes empören. Daß in jenen Staaten nie ein Jude einen Sitz in der Legislatur erhielt, ist schon allein ein überzeugender Beweis, daß das eigene Gefühl, das in Betref des jüdischen Volkes besteht, seiner eigenen Stellung, und nicht den Unfähigkeitsgesetzen zuzuschreiben ist. Nun einige Worte über die Art, wie die Bill vertheidigt wird. Der edle Lord (Russel) sagt, in der politischen Stellung sollten alle religiösen Unterscheidungen aufgehoben werden, und das ehrenwerthe und gelehrte Mitglied von Clare (O'Connell) meint, jedem sei erlaubt, Gott nach seinem eigenen Gutdünken zu verehren. Aus der Anwendung, die man von diesem Grundsatz macht, folgt, daß es überhaupt gleichgültig sei, ob Jemand Gott verehere oder nicht; denn, fügt man bei, Niemand sei dem Staate für seine religiösen Gefinnungen verantwortlich. Gut! Atheisten und Ungläubige wären dem Staate nicht verantwortlich; welchen Eid aber will der ehrenwerthe Gentleman ihnen dann vorlegen? Welche Zusicherung, welche Bürgschaft können sie uns geben, ehe sie ins Amt treten? Und warum wollten wir, bei solchen Ansichten, jenen Grundsatz bloß auf die Juden beschränken? warum ihn nicht auf alle Nichtchristen ausdehnen? Ja, sind nicht sogar Christen noch um religiöser Gründe willen ausgeschlossen? Warum bringt man keine Bill zur Emancipation der Quäker ein? Außer den Quäkern sind auch noch andere christliche Sekten, die einen Eid zu schwören sich weigern, ausgeschlossen: die Ultraquäker und die Separatisten. Nehmen wir die vorliegende Bill an, so müssen andere nachfolgen; und wäre es weise, alljährlich das Land durch solche Separatfragen,

die seine religiösen Gefühle verletzen, aufzuregen? Behauptet man, jeder Mensch jedes Glaubens könne zugelassen werden, so stelle man lieber gleich die ganze Frage in ihrem weitesten Umfange auf. Aus den angegebenen Gründen widerseze ich mich der Bill; es wäre aber unredlich, wenn ich, um ein Vorurtheil gegen dieselbe zu erweken, versuchen wollte, aus dem Benehmen der Juden ein Argument abzuleiten; ich muß gestehen, es bietet mir keines. Die höhern Klassen sind achtungswerth und mildthätig; die niedern Klassen darf man rücksichtlich ihrer Moralität nicht härter beurtheilen, als andere Klassen der Unterthanen des Königs, die denselben Vorwürfen bloß gestellt sind. Es ist peinlich, sich den Wünschen einer achtungswerthen Gemeinde widersezen zu müssen, aber ich thue es, weil ich überzeugt bin, daß darin keine Unterdrückung liegt, während wir durch die Annahme des Vorschlags die Formen aufheben würden, die als Bürgschaft für die Zulassung zur Staatsgewalt so lang bestanden, als es eine Regierung in diesem Lande gibt. Was übrigens das Besizrecht von Landeigenthum betrifft — worüber weder ich, noch die Gesezsbegabten der Krone einen Zweifel hegten — so habe ich, wenn dennoch ein Zweifel bestehen sollte, keine Einwendung dagegen zu machen, daß eine Bill eingebracht werde, um ihn zu heben, und den Juden den Ankauf von Landeigenthum zu verbürgen. Ich glaubte, man könnte dießfalls keinem Zweifel mehr Raum geben, nachdem der verstorbene Lord Ellenborough ein Gut von einem Juden gekauft hatte.“

Hierauf trat nur noch Hr. Brougham, und zwar zu Gunsten der Maßregel auf. „Ich muß bedauern,“ sagte er, „daß ich einer ganz andern Meinung bin, als der sehr ehrenwerthe Herr. Ich will mich darauf nicht einlassen, die merkwürdigen Lehren zu widerlegen, die einige ehrenwerthe Mitglieder hier haben laut werden lassen; unter ihnen hat namentlich der ehrenwerthe und tapfere General (Gaskoyne) einen großen christlichen Grundsatz auf eine merkwürdige Weise umgekehrt, indem er das „„Was Du willst, daß ein Anderer Dir thue, das thue auch an ihm““ in: „„Thue einem Andern, was er Dir thun würde,““ verwandelte. Ich erinnere mich nicht, jemals Reden gehört zu haben, die sich weniger durch gesunde Begriffe und durch Grundsätze der christlichen Liebe auszeichne-

ten, als diejenigen, die bei der gegenwärtigen Gelegenheit hier mit Beifall aufgenommen wurden; ja, den aller-
schlechtesten Urtheilen hat man gerade den größten Beifall
gezollt. Der sehr ehrenwerthe Herr (Sir R. Peel) hat sich
freilich vor den übrigen ausgezeichnet; er hat nicht, wie sie,
an den Fanatismus appellirt, doch auch gegen seine Mei-
nung muß ich mich erklären. Diese Bill, sagte er, habe
die Tendenz, das Christenthum zu vernichten; von jeher
seien Eide üblich gewesen, durch welche wir uns als Chri-
sten dokumentirt hätten und durch welche jeder Andere,
der nicht Christ war, ausgeschlossen worden. Ist dem aber
wirklich so? Wo läßt sich dies in der Geschichte oder im
Gesetze nachweisen? Wer jene und die Akten des Parla-
ments durchgelesen, wird es schwerlich glauben. Die Wor-
te des Eides bezeugen vielmehr das Gegentheil. Vergesse
auch der sehr ehrenwerthe Baronet nicht, daß die gegen-
wärtige Maaßregel keineswegs aus denselben Gründen ver-
theidigt werde, die für die Bills zu Gunsten der Dissen-
ters und der Katholiken angeführt worden; Gerechtigkeit
ist es vielmehr und nichts weiter, als Gerechtigkeit, was
für die Maaßregel spricht. Diese bezieht sich auf Leute,
die sich durch ihre Handels-Unternehmungen auszeichnen
und deren Redlichkeit im Geschäft man achtet, wie dies aus
der beispiellosen Anzahl von Bittschriften zu ihrem Gunsten
hervorgeht. Sie haben, weil sie zu gering an Zahl und
Macht sind, weder der Regierung gedroht, noch ihre An-
gelegenheit gewaltsam betrieben; dies sollte jedoch für die-
selbe sprechen, weil nämlich dann nicht gesagt werden kann,
daß unsere Zugeständnisse das Resultat der Furcht vor
Agitatoren und Demagogen gewesen sei. Wie nutzlos sind
die Worte des Eides: „„Beim Glauben eines Christen,““
auf welche die Gegner der Maaßregel bestehen! Wäre der
Jude wirklich so schlecht, als man ihn mitunter machen
will, so würde er sich wahrlich nicht scheuen, auch jene
Erklärung abzugeben, und dann würde alle Ausschließung
nichts helfen, wie sehr diese auch immer von den orthodo-
xen Herren und dem frommen Chorus, unter denen
ich zu sitzen hier die Ehre habe, und die heute Abend so
mächtigen Beifall nicht bloß spendeten, sondern brüllten,
vertheidigt werden möge.“ — Der Redner machte darauf
auf mehrere bekannte Sceptiker aufmerksam, die früher den
Eid mit jener Formel im Parlamente geleistet hatten, und

von denen namentlich Lord Bollingbroke, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, mindestens eben so vielen Einfluß ausgeübt habe, als der Graf von Aberdeen. Hieraus gehe hervor, daß die Behauptung, ein „Ungläubiger,“ der diesen Eid leiste, werde kein Vertrauen im Parlamente besitzen, ganz falsch sei. Wundern müsse er sich, daß der Minister sich gegen die Quäker ausgesprochen habe, da er doch sonst im Privatleben diese Unterthanen-Klasse immer in Schutz nehme; noch mehr aber sei es zu verwundern, daß Diejenigen, die sich beständig auf die Bibel beriefen, doch die Eide so sehr in Schutz nehmen, während sie in der heiligen Schrift verpönt wären. Schließlich empfahl Hr. Brougham ebenfalls, daß man die Bill bis zum Ausschusse möge gelangen lassen, damit alsdann diejenigen Abänderungen, die für nöthig befunden werden dürften, von demselben getroffen werden. — Bei der darauf Statt findenden Abstimmung zeigten sich für die zweite Lesung 165 Stimmen, dagegen 228; sie wurde mithin durch eine Majorität von 63 Stimmen verworfen.

Journalartikel.

Der Globe: „Die Bill wegen Emancipirung der Juden ist durchgefallen, nachdem die Minister alle ihre Heerschaaren dagegen aufgeboten und die alten Tories, so wie einige Whigs, sich ihnen angeschlossen hatten. Unter diesen Umständen war die Minorität von 165 Stimmen eine sehr achtbare und gibt uns von dem unparteiisch verfahrenden Theile des Hauses eine sehr gute Meinung. Da die durchgefallene Bill eine, im Vergleiche zu der Masse der Bevölkerung, nur sehr kleinen Theil der brittischen Unterthanen betrifft, so ist es von geringer Wichtigkeit, ob sie ein Paar Jahre früher oder später durchgeht, denn daß sie binnen wenigen Jahren durchgegangen sein muß, darüber lassen uns die Fortschritte, welche die wahrhaftige Humanität in der zivilisirten Welt macht, gar keinen Zweifel mehr. — Das Argument, daß die Juden des Bürgerrechtes unworth seien, weil sie keine patriotischen Erinnerungen mit uns gemein hätten, hörte sich Anfangs recht gut an, weil Alles, was einem Argumente ähnlich sieht und von einem geistreichen Manne herrührt, willkommen ist, wenn es ei-

nem Vorurtheile zu Hilfe kommt. Wenn jedoch ein halbes Duzend Parlaments = Redner hinter einander dieselbe Idee gebraucht und abnutzt, so springt wohl endlich auch das Ungereimte, das darin liegt, in die Augen. In der That enthält das Argument auch wenig Wahres, denn das am meisten patriotisch gesinnte Volk der neuern Zeit ist eines, das als Nation gar keine Erinnerungen hat, und damit meinen wir die Amerikaner. Selbst die Kolonisten von Australien, die noch vor kaum 40 Jahren um Kirchen = Almosen zur Gründung ihrer Kolonie nachsuchten, fangen schon an, einen quasipatriotischen oder Kolonial = Geist zu bekommen, der mit der Zeit sogar beunruhigend werden kann. Wie auch immer die Herren darüber raisonniren mögen, der Mensch, thut im Staate seine Pflicht, nicht sowohl an das denkend, was vergangen ist, als an das, was Gegenwart und Zukunft ihm bringen können, und besitzt er mit seinem Nachbarn ein gemeinsames Interesse und einen gemeinsamen Zweck, so erlangt er auch dieselben Gesinnungen, die sein Nachbar hat. Wie hart ist es nun, sich darüber zu beklagen, daß es den Juden bisher an Patriotismus gefehlt habe; es klingt gerade so, als verlangten wir von Jemand, den wir gewöhnlich zur Thür hinauswerfen, die herzlichste Theilnahme an unseren Familien = Angelegenheiten.“

Die Sun: „Die Bill der Emanzipation der Juden ist mit einer Mehrheit von 63 Stimmen verworfen worden; 165 waren für und 228 gegen die zweite Verlesung. Hrn. Grant's Motion wurde durch die H. H. O'Connell, Huskisson, Brougham, Sir R. Wilson und Lord Russell unterstützt, bekämpft vornehmlich durch die H. H. Belgrave, Peel, den General Gascoyne &c. Die Gründe der Gegner der Bill waren folgende: 1) Die Besorgniß, die Juden möchten sich ihrer ungeheuern Reichtümer zur Influenzierung und Korruption der Gesetzgebung bedienen. 2) Ihr hartnäckiger Unglaube und Korporationsgeist, der sie mit ihren Religionsgenossen aller Länder in besonderem Verbande erhält. Diese Beweisgründe sind genau dieselben, welche man seit Jahrhunderten gegen die Katholiken und die Dissenters wiederholte. Man sagte uns

damals, man könne nicht willfahren, da die Verfassung wesentlich protestantisch sei; man verändert nun ein Wort und behauptete in Anwendung auf die Juden, daß die Verfassung wesentlich christlich sei. Daß die Verfassung von Allem das ist, wozu man sie machen will, — ein wirkliches, lebendiges Ding, oder wie Lord Eldon will, ein Etwas, das nur dem Namen nach besteht, daß sie zu bestimmten Zeiten, z. B. im Jahre 1688, verfaßt wurde, oder daß sie aus nichts mehr und nichts weniger, als aus den zu einer gegebenen Zeit in Kraft befindlichen Gesetzen bestehe, ist eine für ihren Ruf leider nur zu wahre Thatsache, und nie ermangelt man, sich auf sie zu berufen, und die Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu rechtfertigen. Niemand zweifelt, daß die Verwerfung der Bill dem ministeriellen Einflusse zuzuschreiben ist; gleichwohl zerbrechen wir uns vergeblich den Kopf, um einige plausible Beweggründe dieser Kabinettsmaafregel aufzufinden. Ein Ultratorrie aus unserer Bekanntschaft gibt uns folgende drei Gründe an: 1) Die Juden haben eine große Leidenschaft für das Geld; 2) sie treddeln mit alten Kleidern; 3) sie tragen lange Bärte. Unser Freund hielt diese Gründe für wichtig genug, um gedachte Entscheidung herbeizuführen, und nach unserem Bedünken sind sie eben so stichhaltig als alle Beweisgründe, die man uns gestern im Unterhause anzuhören gab."

Unterhausung von 17. Juni.

Oberst Wilson erhob sich, um angekündigtermassen die Erlaubniß zu Einbringung einer Bill nachzusuchen, durch welche alle Zweifel beseitigt werden, ob die in Großbritannien gebornen Juden Ländereien besitzen dürfen. Diese Bill, sagte er, gehe nicht von den Juden, sondern von Christen aus. Er selbst wünsche die Juden zu allen Gerechtsamen der englischen Verfassung, mit alleiniger Ausnahme: Mitglieder des Parlaments und Vorfizer der Gerichtshöfe sein zu dürfen, zugelassen. Zwar heiße et, die Juden dürften jetzt schon Ländereien in Großbritannien besitzen, doch ihm scheine das noch nicht so ausgemacht; und seien auch die jetzt lebenden großen Rechtsgelehrten für jene Meinung,

so könnten doch in zwanzig Jahren andere kommen, die nicht so dächten. Hr. R. Grant widersezte sich dem Antrage, und zwar, weil die Juden selbst, so wie alle diejenigen, die geneigt wären, ihnen die Rechte anderer Unterthanen-Klassen ebenfalls zu ertheilen, den Wunsch hegten, daß die Frage in der gegenwärtigen Session nicht noch einmal angeregt werde. Wenn er also schon deshalb wünsche, daß der Antrag verworfen werde, so müsse er sich dem ehrenwerthen Mitgliede auch darum widersezen, weil dasselbe den Juden jene geschmälerte Art von Abhilfe ertheilen wolle, die er, als ihr Anwalt in der gegenwärtigen Session, nicht annehmen könne. (Hört!) — Oberst Wilson bestand auf Abstimmung über seinen Antrag, sah sich jedoch, als diese eben stattfinden sollte, veranlaßt, die Motion wieder zurückzunehmen.



PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

BRIEF

HS

0052076

01-850-880

UTL AT DOWNSVIEW



D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 09 03 03 07 002 9